

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Wahlergebnis der Landtagswahl in Thüringen am 15. September

	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	1.812.249		91	1.901.074		88	-88.825		3
Wähler_innen	954.963	52,7		1.073.651	56,2		-118.688	-3,5	
Gültige Stimmen	941.692			1.054.297			-112.605		
CDU	315.096	33,5	34	329.302	31,2	30	-14.206	2,3	4
LINKE	265.425	28,2	28	288.915	27,4	27	-23.490	0,6	1
SPD	116.889	12,4	12	195.363	18,5	18	-78.474	-6,1	-6
FDP	23.352	2,5	-	80.600	7,6	7	-57.248	-7,6	-7
Grüne	53.395	5,7	6	64.912	6,2	6	-11.517	-0,5	+0
NPD*	34.018	3,6	-	45.451	4,3	-	-11.433	-0,7	-
AfD	99.548	10,6	11	-	-	-	99.548	10,6	11
Sonstige	33.969	3,6	-	49.754	5,1	-	-15.785	2,1	-

Wählerwanderungen bei der Landtagswahl in Thüringen am 15. September

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	AfD	Nichtw.	Andere
CDU	-	-3.000	4.000	13.000	0	-18.000	5.000	0
LINKE	3.000	-	27.000	4.000	4.000	-16.000	-11.000	-3.000
SPD	-4.000	-27.000	-	1.000	-5.000	-12.000	-12.000	-1.000
FDP	-13.000	-4.000	-1.000	-	0	-11.000	-18.000	-1.000
Grüne	0	-4000	5.000	0	-	-1.000	-4.000	-3.000
AfD	18.000	16.000	12.000	11.000	1.000	-	12.000	23.000
Nichtw.	-5.000	11.000	12.000	18.000	4.000	-12.000	-	6.000
Andere	0	3.000	1.000	1.000	3.000	-23.000	6.000	-

Lesebeispiel: Die Linke hat 3.000 Stimmen von CDU-Wählern des Jahres 2009 erhalten und 16.000 Stimmen von ehemaligen Linken-Wählern gingen an die AfD.

- *Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014 – S. 4*
- *Offene Fragen zum Eisenbahnunglück in Mannheim – S. 12*
- *IG Metall: Faire Bedingungen für Netzarbeit – S. 16*
- *Israel: Im Schatten des Gaza-Krieges – S. 20*

Ausgabe Nr. 9 am 18. September 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stutt.gart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:



Bundesregierung versagt in der Flüchtlingspolitik

Aus Anlass der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag zum Einzelplan des Bundesministerium des Innern äußerte sich Ulla Jelpke (Die Linke) zur aktuellen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein zentrales innenpolitisches Thema der letzten Monate ist unzweifelhaft der Umgang mit schutzsuchenden Menschen in Deutschland. Die Debatte lässt sich meines Erachtens kurz zusammenfassen: Je größer die Herausforderungen für die Flüchtlingspolitik sind, desto hartherziger sind die Vorschläge aus dem Innenministerium. Da hat mich auch heute, Herr Innenminister, nicht überzeugt, was Sie hier vorgetragen haben; denn ich fand es sehr abstrakt und nicht konkret.

Bei der großen Zahl von Flüchtlingen, die hier Schutz suchen, ist das, was Sie bisher in Gesetzesvorschlägen vorgelegt haben, im Grunde Ausdruck des Ziels: Man will abschotten, und man will vor allen Dingen abschrecken. Das kann aus unserer Sicht nicht die richtige Antwort sein.

Um ein Beispiel zu nennen: Das erste zentrale Vorhaben ist die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte sichere Herkunftsstaaten. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern sollen pauschal abgelehnt werden. In den Debatten hier in diesem Hause haben Sie die Verletzung von Menschenrechten, insbesondere der Roma aus diesen Ländern, massiv bagatellisiert. Wir hoffen deswegen weiterhin, dass dieser Gesetzentwurf im Bundesrat scheitert. Wir werden auf jeden Fall unseren Beitrag dazu leisten.

Trotz der Not dieser Menschen scheuen Sie von der CDU/CSU sich nicht, die Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Sie suggerieren, es sei ausreichend Platz in den Flüchtlingsunterkünften, wenn es Asylsuchende aus den Balkanstaaten nicht mehr gäbe. Das verdreht schlicht und einfach Ursache und Wirkung und ist daher falsch. Seit vier Jahren steigen in Deutschland und in Gesamteuropa die Asylbewerberzahlen.

Spätestens durch den Krieg in Syrien, aber auch aufgrund der Sicherheitslage in Afghanistan, in Somalia, in Eritrea und in jüngster Zeit auch wieder im Irak steigen die Flüchtlingszahlen.

Darauf hätten Deutschland und die Bundesregierung vorbereitet sein müssen. Bund, Länder und Kommunen hätten ebenfalls reagieren können und reagieren müssen. Das Versagen den Flüchtlingen anzulasten, ist meines Erachtens pure Stimmungsmache. Wer wirklich Flüchtlingsschutz will, muss den Kommunen endlich finanziell unter die Arme greifen und sie wirklich entlasten.

Herr Innenminister, Sie haben hier heute angekündigt, dass es eine neue EU-Initiative zur Verteilung der Flüchtlinge geben soll. Wir begrüßen das sehr. Wir haben hier immer wieder vorgetragen, dass es in Gesamteuropa eine andere, eine humanitäre Flüchtlingspolitik geben muss. Aber auch hier möchte ich erst einmal abwarten, was wirklich vorgelegt wird. Denn bisher ist die Flüchtlingspolitik auch von deutscher Seite her unsolidarisch gegenüber anderen Ländern. Sie wissen ganz genau – Sie haben kürzlich mit dem italienischen Innenminister geredet –, dass Italien wenigstens 60 000 Flüchtlinge gerettet hat. Jetzt wird einfach davon geredet, dass Frontex II das übernehmen soll. Wie das genau ablaufen soll und wie vor allen Dingen die EU-Grenzländer, die eine enorme Belastung zu tragen haben, wie Griechenland und Italien, mit der Flüchtlingsflut fertigwerden sollen, das ist im Grunde genommen nach wie vor nicht beantwortet. Die Dublin-III-Verordnung ist in der Tat gescheitert und muss unseres Erachtens weg. Das unwürdige Hin-und-her-Geschiebe der Flüchtlinge muss endlich ein Ende haben.

Meine Damen und Herren, aus dem BMI sind in den vergangenen Monaten immer wieder Gesetzesinitiativen im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts vorgelegt worden. Sie alle tragen unseres Erachtens das Gift von Abschottung und Abschreckung in sich. Ich gebe einige Beispiele: Im Asylbewerberleistungsgesetz wollen Sie noch mehr Möglichkeiten für Leistungskürzungen schaffen. Die Hürden

für eine Ausweisung, also eine Abschiebung, sollen gesenkt werden. Abschiebehaft soll leichter verhängt werden können. Das Freizügigkeitsrecht für EU-Bürger wird populistischen Scharfmachern geopfert, die überall nur Betrug und Missbrauch wittern wollen. Dieser Politik der Abschreckung und Abschottung werden wir mit aller Macht weiter entgegentreten. So kann man keine solidarische Flüchtlingspolitik entwickeln.

Gysi: Der Sicherheitsrat der Uno müsste angerufen werden

Auf der Internetseite der Linkspartei veröffentlicht Die Linke ein Interview des Deutschlandfunks mit Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag zur verstärkten militärischen Intervention des USA und einer „Koalition der Willigen“ im Irak und Syrien gegen die Terrormilizien des IS. Wir dokumentieren Auszüge:

Dirk Müller, Deutschlandfunk: Amerika will also wieder einmal eine Koalition der Willigen. Vielleicht haben wir hier im Deutschlandfunk jetzt einen gefunden: Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken im Bundestag. Guten Morgen!

Gregor Gysi: Guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr Gysi, sind Sie diesmal willig?

Gysi: Nein, das bin ich nicht. Wissen Sie, es ist die alte US-Haltung, wonach sie der Weltpolizist sind, und das Völkerrecht wird wieder negiert. Ich verstehe es nicht, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Zuständig ist der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen. Warum wird der nicht angerufen? Warum verabschiedet der keine Resolution? Warum läuft das Ganze nicht auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, sondern die USA entscheiden? Sie sagen ja auch, wer gemäßigter Rebell ist, wer nicht gemäßigter Rebell ist, was sie machen, was sie nicht tun, wen sie versuchen zu gewinnen dafür, wen sie nicht versuchen zu gewinnen. Das ist so eine Anmaßung, die ich überhaupt nicht akzeptieren kann, und ich frage mich die ganze Zeit, warum das Völkerrecht negiert wird. Ich glaube, das liegt an dem schlechten Verhältnis USA-Russland, und da sieht man, dass sich auch dort etwas verändern muss.

Müller: Wenn Barack Obama das jetzt hört, was Sie sagen, Herr Gysi, dann wird er sagen, wer nicht für mich ist, ist gegen mich.

Gysi: Das wird er wahrscheinlich so sagen, weil er eben nicht das Völkerrecht beachtet. Schauen Sie mal, wir werfen Putin vor, dass er bei der Krim das Völkerrecht verletzt hat, und

selber verletzen wir es auch immer. Es gibt kein Recht einzelner Staaten zu entscheiden, was sie machen. Das Recht liegt beim Sicherheitsrat der UNO und der Sicherheitsrat muss endlich tagen, beraten und entscheiden. Das wäre der völkerrechtliche Weg. Was übrigens nicht bedeutet, dass Staaten dann mitmachen müssen, was er beschließt. Es gibt ja über 190 Mitgliedsländer. Das können sie einzeln entschließen. Aber dann haben wir eine völkerrechtliche Grundlage. Die fehlt!

Müller: Wenn wir auf das Recht warten, sind die anderen meist massakriert.

Gysi: Ich kann Ihnen sagen, dass der Sicherheitsrat schon in Minuten, in wenigen Stunden entscheiden konnte, auf jeden Fall schneller als Obama, der ja auch Wochen gebraucht hat, bevor er diese Entscheidung getroffen hat. Der Sicherheitsrat hätte längst einberufen werden können. Übrigens auch die Bundesregierung hätte das beantragen können. Aber es hat ja keiner gemacht. Die haben einen einzigen Beschluss gefasst und danach nicht wieder dazu getagt. Die sind ja permanent da, rund um die Uhr. Es ist gar nicht wahr, dass das länger dauern muss. Das kann sogar sehr viel schneller gehen.

Müller: Wenn der Sicherheitsrat sagt, Gewalt ist okay, dann finden Sie das auch gut?

Gysi: Das habe ich nicht gesagt. Erst mal habe ich gesagt, dass er zuständig ist. Und wenn er dann bestimmte Sachen beschließt, können sich Staaten dazu unterschiedlich verhalten. Deutschland darf niemals Bestandteil des Nahost-Konflikts werden. Das geht schon aus historischen Gründen nicht. Und ich glaube ja auch, dass es zum Beispiel im Irak und auch in Syrien nicht zu wenig Waffen gibt, sondern eher zu viele Waffen gibt. Aber welche Maßnahmen dann im Einzelnen getroffen werden, ist noch was anderes, welche Staaten sich daran beteiligen, ist wieder was anderes. Verstehen Sie? Wir sind ja zum Beispiel dabei in Afrika, bei Konflikten Schritt für Schritt dafür zu sorgen, dass die Afrikanische Union auf der Grundlage von Beschlüssen der Charta der Vereinten Nationen dann dort tätig wird. Ich verstehe immer nicht, warum sich Deutschland als erstes melden muss, um an Kriegen teilzunehmen. Das finde ich völlig daneben. Aber die Grundlage ist wichtig und die Grundlage sind Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und die gibt es nicht.

Müller: Wieso meinen Sie das denn, dass wir uns so schnell melden? Das ist vielen noch nicht aufgefallen.

Gysi: Na ja. Wissen Sie, das ist sehr unterschiedlich. Bei Afghanistan ging das sehr schnell. Ich kann mich noch erinnern: die uneingeschränkte Soli-

darität. Und fragen Sie doch mal heute alle Abgeordneten im Bundestag, wer Recht hatte, wir, die gesagt haben, das wird ein Fiasko, der Krieg gegen Afghanistan, und die Ziele werden nicht erreicht, oder die, die alle meinten, dass wir traumhafte Zustände in Afghanistan erreichen, wovon ja nun weiß Gott keine Rede sein kann.

Müller: Das ist ja immer ein Dilemma, Herr Gysi.

Gysi: Das stimmt.

Müller: Sie haben ja, als es um die Kurden ging, um die Peschmerga, Waffenlieferungen, ein bisschen auch gezögert zu Beginn. Viele hatten das ja so verstanden, als würden Sie sagen, in dem Falle sind Waffenlieferungen legitim. Wir haben dann nachher im Deutschlandfunk mit Ihnen auch darüber gesprochen, dann haben Sie gesagt, nein, nein, dann lieber doch nicht. So einfach, Schwarz-Weiß, wie Sie es jetzt darstellen, ist es Ihnen ja wohl auch nicht gefallen?

Gysi: Das habe ich ja auch gar nicht gesagt, dass das leicht ist, die Situation. Das ist ja wirklich eine terroristische Söldnerarmee, die man stoppen muss. Darüber sind wir uns ja völlig einig. Und das Selbstverteidigungsrecht des Irak und Syriens wird überhaupt nicht bestritten. Nur die Art und Weise, wie das Ganze geschieht. Das kann ich Ihnen genau sagen. Mich habe ja dann zwei Kurden angerufen und haben mir gesagt, es gibt genug Waffen, das ist gar nicht das Problem. Es geht der Regierung im Nordirak darum, Deutschland zu binden, international mehr anerkannt zu werden, um später den Unabhängigkeitskrieg vom Irak leichter führen zu können. Da sagt ja wieder Steinmeier, dass er das auf gar keinen Fall unterstützt, weil es völkerrechtswidrig ist. Das stimmt, aber es war beim Kosovo genauso völkerrechtswidrig, lasse ich jetzt mal alles weg. Das hat damit zu tun. Aber unabhängig davon sage ich: Wenn wir nicht zum Völkerrecht zurückkehren, wird es auch nicht gelten, und wenn der Westen glaubt, er braucht es nicht, aber Russland zur Einhaltung des Völkerrechts zwingen zu können, ist das ein schwerwiegender Irrtum. Entweder das Völkerrecht gilt wieder für alle, dann haben wir auch unsere Maßstäbe, oder es gilt gar nicht. Dass ISIS bekämpft werden muss, sage ich noch mal, das ist völlig klar. Nur wir müssen uns natürlich dann auch mal Gedanken über die Ursachen machen, wie ist ISIS in Syrien entstanden im Bürgerkrieg, warum können die jetzt über die Grenze des Irak schreiten, als ob es die Grenze gar nicht gäbe, weil natürlich der Staat im Irak zerstört ist, und der ist zerstört worden durch den Krieg der USA 2003 gegen den Irak, der ja auch noch mit einer Kriegslüge geführt wurde.

Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014

Wahlbericht von
Benjamin-Immanuel Hoff (gekürzt)

Ergebnisüberblick

In den drei ostdeutschen Ländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurde im Abstand von zwei Wochen gewählt. In allen Landtagen bleibt die jeweils seit 1990 stärkste Partei unangefochten auf Platz 1. In Sachsen und Thüringen die CDU, in Brandenburg die SPD.

Während in Sachsen die CDU und in Brandenburg die SPD aus dieser Position heraus die nächste Regierung anführen werden und zwischen SPD und Grünen (Sachsen) bzw. CDU und Linkspartei (Brandenburg) wählen können, ist die künftige Regierungsbildung in Thüringen offen. Die CDU unter Christine Lieberknecht könnte dort nur dann weiter regieren, sollten sich Die Linke, SPD und Grüne nicht auf die erste rot-rot-grüne Landesregierung verständigen.

Den Thüringer Parteien stehen intensive Sondierungen bevor. Beide verbliebenen Regierungsmöglichkeiten verfügen über nur eine Stimme Mehrheit.

In Brandenburg verfügt die SPD gemeinsam mit der Linken oder mit der CDU über eine jeweils komfortable Mehrheit.

Die politischen Lager in Thüringen haben sich nach rechts verschoben. Die drei rot-rot-grünen Parteien erreichen rund 45% vor fünf Jahren waren es 52,4%. Das bürgerliche Lager umfasst mit der AfD bei nunmehr drei Parteien 46,2% gegenüber 38,8% von CDU und FDP im Jahre 2009.

In Brandenburg vereinigten CDU und FDP bei der Landtagswahl 2009 rund 27% (im Original 47%, offensichtlich ein Fehler, d. Red.) der Stimmen, während Rot-Grün-Rot sich auf einen Rückhalt von rund zwei Drittel der Wähler/-innen stützen konnte (65,8%). Nach dieser Landtagswahl vereinigen die Mitte-Rechts-Parteien (ohne NPD) 35,5%, während die rot-grün-roten Parteien von rund 58% der Wähler/-innen gewählt wurden.

In Sachsen lagen CDU und FDP bei der Landtagswahl 2009 mit 50,2% deutlich vor den Mitte-Links-Parteien, die 36,5% erreichten. Das neue bürgerliche Lager aus CDU, AfD und FDP lag bei der Wahl vor zwei Wochen mit einem Wert von knapp 53% weiterhin deutlich vor den rot-rot-grünen Parteien, die 37% erreichen.

Wie sich im Vergleich der drei Wahlen zeigt, kann von einem gesellschaftspolitischen Rechtsruck nicht die Rede sein, doch ebenso wenig stehen bundespolitisch die Weichen auf rot-rot oder rot-grün-rot.

Diese Koalitionsmodelle wären mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert. Scheitern müssten sie daran nicht. Trotz dieses Bundestrends wird immer noch knapp die Hälfte der Länder rot-grün regiert. Auf diesem Polster könnte Rot-Rot II in Brandenburg und Rot-Rot-Grün I in Thüringen gesellschaftspolitisch aufbauen.

Niedergang der FDP – Entkopplung von Liberalismus und liberaler Partei

Nach Sachsen verliert die FDP zwei weitere Landtage und ist nunmehr nur noch in fünf Landesparlamenten vertreten. Eine derart geringe Repräsentanz der Partei gab es zuletzt nach den Wahlen der Jahre 1999/2000, als die Partei ebenfalls in 11 der 16 Landtage nicht vertreten war. Damals stellte sie jedoch immerhin Ministerinnen und Minister in drei Landesregierungen und verfügte über eine Bundestagsfraktion. Diese Rahmenbedingungen sind ebenfalls weggefallen.

Das Dilemma der FDP besteht in der Entkopplung zwischen dem normativen Bild, das Bürgerinnen und Bürger von einer liberalen Partei zeichnen und der Sichtweise auf die FDP. Die Niederlagen der FDP sind insoweit keine Momentaufnahme sondern Ausdruck einer langfristigen Entfremdung der Partei und ihrer Wähler/-innenschaft.

Laut dem Institut für Demoskopie sehen zwar 27% der wahlberechtigten Bürger die Existenzberechtigung einer liberalen Partei, doch nur 19% sehen eine Existenzberechtigung der FDP (Hoff 2013).

Die FDP war in den vergangenen Jahren der eigenen Legende aufgesessen, dass die in Wählerstimmen ausgedrückte Zustimmung zur Partei gleichbedeutend sei mit Zustimmung zu ihrem politischen Programm. Für den Kern ihrer Wählerschaft mag dies sicherlich zustimmen. Doch ist dieser Kern ersichtlich nicht umfangreich genug, die liberale parlamentarische Existenz abzusichern.

Die weiteren Wählerinnen und Wähler geben der Partei ihre Stimme aus koalitionstaktischen Erwägungen. Bei der Bundestagswahl 2013 nannten 51% der am Wahltag befragten Wähler als Grund, die FDP gewählt zu haben, weil es sich um die bevorzugte Partei handelte. Aus taktischen Erwägungen

Bei Redaktionsschluss (Mittwoch, 17.9., 8 Uhr) waren in allen drei Bundesländern noch keine Regierungskoalitionen gebildet; am spannendsten ist die Lage in Thüringen: CDU-Ministerpräsidentin Lieberknecht bietet den Grünen eine Dreier-Koalition mit der SPD an, um einen Ministerpräsidenten Ramelow zu verhindern.

stimmten 46% der Wähler.

Im Fünfparteiensystem, in dem die Chance „kleinstmöglicher Gewinnkoalitionen“, bestehend aus einer großen und einer kleinen Partei abnimmt, wurde die FDP für die CDU von der Westentaschenreserve zum Risiko. Angesichts einer volatiler werdenden Wähler/innenschaft und absinkenden Zustimmungswerte für die Großparteien bei zunehmender Gefahr von rechts durch die AfD kann sich die Union eine Zweitstimmenkampagne zugunsten der FDP nicht mehr leisten. In Niedersachsen raubte die CDU-Zweitstimmenkampagne zugunsten der FDP der Union die Mehrheitsfähigkeit.

In Sachsen verweigerte die CDU deshalb der FDP den Wunsch nach Unterstützung drastisch und machte auf eigene Rechnung Wahlkampf. Zudem öffnet sie sich anderen Koalitionsoptionen, vor allen den Grünen aber mittelfristig wird sie die AfD in den Blick nehmen.

Aufstieg der AfD – erweiterte Koalitionsoptionen der CDU

Die Alternative für Deutschland (AfD) hingegen ist nach den ostdeutschen Landtagswahlen in die Nähe der FDP-Parlamentsrepräsentanz gerückt. Sie ist im Europaparlament mit 7 und in drei Landtagen mit 36 Abgeordneten vertreten. Die FDP stellt im Europaparlament nur noch 3 und in 5 Landtagen (BW, HE, NI, NW, SH) mit 55 Mandatsträger/-innen.

Der in kurzem Abstand vollzogene Einzug einer Partei in mehrere Landesparlamente ist, wie u.a. das Beispiel der Piratenpartei aber auch der Republikaner zeigt, eine Möglichkeit aber keine Garantie dauerhaften politischen Erfolgs.

Vieles spricht zwar dafür, dass es der AfD aufgrund sozialer Zusammensetzung und Habitus gelingen könnte, die notorisch schwierige Phase der Parteigründung mit dem überproportional destruktiven Einfluss von Parteionakmen und „Glücksrittern“ zu überwinden und sich zumindest für einige Jahre im Parteienspektrum zu verankern.

Es ist gleichwohl noch nicht ausgemacht, ob die AfD eher eine temporäre Erscheinung oder tatsächlich langfristiger Ausdruck einer tektonischen Verschiebung im liberal-konservativen Parteienspektrum, vergleichbar mit den Verschiebungen im Mitte-Links-Lager, die zur Gründung der Grünen und später der Linken führten.

Die Annahme, dass die AfD nach

den Piraten zeitweiliger Profiteur eines dauerhaft in der Wähler/-innenschaft bestehenden Bedürfnisses nach einer Wahlalternative sei, kann zwar eine gewisse Plausibilität beanspruchen, reicht jedoch zur Erklärung des Phänomens AfD nicht aus.

Sie repräsentiert vielmehr als wertkonservativ-nationalliberale und rechtspopulistische Partei ein politisches Spektrum, das sich im europäischen Ausland bereits seit Jahren in Parteien wie der britischen UKIP, der österreichischen FPÖ bzw. dem BZÖ, der italienischen Lega Nord, den skandinavischen Parteien Wahre Finnen, Dänische Volkspartei bzw. Schwedendemokraten, der schweizerischen SVP, der niederländischen Partei der Freiheit von Geert Wilders sowie dem französischen Front National äußert.

Offen ist, ob und wie diese unterschiedlichen Strömungen sich dauerhaft zu gemeinsamen politischen Inhalten zusammenreihen können. Ebenso welchen Platz die AfD in den europäischen Parteifamilien einnimmt. Die Fraktionszusammensetzung im Europäischen Parlament ist dafür vermutlich ein nur schwacher Indikator, da diese taktischen Erwägungen unterlagen.

Bislang waren rechtspopulistische Parteien in Deutschland nur temporär und in der Regel auf der Ebene einzelner Bundesländer (Republikaner in Baden-Württemberg und Berlin, Statt-Partei und Schill-Partei in Hamburg) erfolgreich. Die Ursachen dafür sind vielfältig und basieren sowohl auf historisch begründeten Berührungsängsten gegenüber rechtspopulistischen Organisationen sowie organisationspolitisch schwierigen Rahmenbedingungen in Form des Föderalismus, der 5%-Klausel und Anforderungen des Parteien- und Wahlrechtes.

Paul Scheffer erklärte vor rund vier Jahren in der „Zeit“ (Nr. 44/2010) das Aufkommen des Rechtspopulismus in den Niederlanden damit, dass die gegenwärtige westeuropäische Moderne sich in einem Umbruch befinde, auf den die traditionellen Parteien keine angemessene Antwort kennen würden. Dafür gibt es aus seiner Sicht viele Gründe. „*Einer dürfte sein, dass die klassischen emanzipatorischen Ziele vom größten Teil verwirklicht sind. So wie Ralf Dahrendorf einst vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gesprochen hat, so könnte man auch vom Ende des christdemokratischen oder des liberalen Jahrhunderts sprechen.*“

Scheffer erkennt darin den Schnittpunkt zwischen zwei Entwicklungen: „*Die sozialen und kulturellen Spannungen haben zugenommen, während zugleich die Fähigkeit der klassischen Volksparteien abnimmt, diese Gegen-*

sätze zu überbrücken. In gewisser Weise ähneln die gegenwärtigen gesellschaftlichen Turbulenzen jenen der sechziger Jahre – mit einem großen Unterschied: Die damalige Rebellion stand im Zeichen der Suche nach mehr Freiheit, heute ist das Unbehagen vor allem ein Ausdruck der Sehnsucht nach mehr Sicherheit. Der Populismus lässt sich als eine Form des Protektionsnismus betrachten. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sucht Schutz und Sicherheit. Es herrscht Angst vor dem sozialen Abstieg, eine Angst, die natürlich bei denen am größten ist, die gerade in die untere Mittelklasse aufgestiegen sind. Neben diesem sozialen Konservatismus gibt es einen kulturellen. Dabei geht es um den Erhalt dessen, was als „nationale Identität“ betrachtet wird. Die gesamte Rechtslinks-Einteilung ist durcheinander geraten: Ist es links oder rechts, gegen die europäische Verfassung zu stimmen? Schwer zu sagen, denn Befürworter und Gegner gibt es in allen politischen Lagern. Ein anderes Beispiel: Bei einer Erhöhung des Renteneintrittsalters kann es sein, dass rechte Populisten und Gewerkschaften plötzlich auf derselben Seite stehen. Ähnliches gilt für die Einwanderungspolitik. Es gibt zu denken, dass die niederländischen Arbeitgeber über Geert Wilders' Erfolg besorgt sind (und das auch lautstark äußern), während die Gewerkschaften schweigen, weil sie fürchten, Mitglieder zu verlieren.“

Die wachsenden gesellschaftlichen Gegensätze und die abnehmende Fähigkeit zur Integration bei den traditionellen Parteien verstärken einander. Aus Sicht Scheffers haben die politischen Parteien weder eine gesellschaftlich überzeugende Vorstellung von „*Migration als dauerhaftem Teil der Gesellschaft*“ noch „*eine Vision, in der die europäische Integration als Schutz der nationalen Demokratien funktioniert. Diese Neuerfindung – bei der „Eigenheit“ und „Offenheit“ auf eine neue Weise miteinander verbunden werden – ist dringend notwendig*“, schließt Scheffer sein Plädoyer.

Die Debatte über die AfD wird in den kommenden Wochen und Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Reihe weiterer Sichtweisen und empirisch unteretzter Annahmen hervorbringen. Diese Darstellung kann insoweit nur fragmentarischen Charakter haben.

Aufstieg der AfD – Nachholender Trend europäischer Nachbarländer

Anders als die SPD im Umgang zunächst mit den Grünen und später der Partei Die Linke, sind die Berührungsängste der Union im Hinblick auf die AfD begrenzt. Bereits die Integration der Schill-Partei in das erste Kabinett von Beust in Hamburg war Beweis

dessen.

Man mag dies politisch für fahrlässig halten. Doch muss diese Diskussion zunächst vor allem in den Unionsparteien zwischen Konservativen und liberalen Modernisierern, Euro-Skeptikern und EU-Befürwortern über das künftige Profil der Union geführt werden.

Machtpolitisch ist die Offenheit von Teilen der CDU erklärbar: Die Bereitschaft von SPD und Grünen mit der Linken zu regieren hat die Koalitionsoptionen der CDU nicht erhöht. Die AfD als koalitionsunfähig zu behandeln würde die Optionen der CDU, in den Ländern zu regieren, einschränken. Dies zu verhindern ist das Ziel entsprechender Aussagen wie denen des Thüringer CDU-Fraktionschefs Mike Mohring.

An diesem Spannungsverhältnis wird sich auch der Umgang mit der AfD in den ostdeutschen Landesparlamenten entscheiden. Gelang es im Hinblick auf die NPD – zum Teil auch nur mit Mühe – die CDU auf ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Parteien unter Einschluss der PDS bzw. Linkspartei zu gewinnen, dürfte ein an der NPD orientierter parlamentarischer Umgang von der Union abgelehnt werden.

Auch wenn AfD und NPD, wie am Beispiel des sächsischen Landtagswahlkampfes beobachtet werden konnte, inhaltliche Schnittmengen aufweisen, wird der adäquate Umgang mit dem Rechtspopulismus der AfD eine Herausforderung darstellen. Nicht zuletzt deshalb, weil er eine Türöffnungsfunktion für ähnliche Auffassungen in den Unionsparteien hat. Ein sich gegenseitig verstärkender Wettbewerb zwischen AfD und Union in populistischen Positionen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, Migrant/-innen, moderner Familien- und Geschlechterpolitik oder den Umfang staatlicher Leistungsgewährung dürfte einen nicht zu unterschätzenden destruktiven Einfluss auf die politische Kultur und den öffentlichen Diskurs in Deutschland haben.

Die Linke verfehlt die Wahlziele und könnte dennoch an Einfluss gewinnen

Die Hoffnung der Partei Die Linke, aus den drei ostdeutschen Landtagswahlen selbst bei Stimmenverlusten gestärkt hervorzugehen, hat sich nicht erfüllt.

In Sachsen war abzusehen, dass die dortige Linkspartei trotz Verlusten die zweitstärkste politische Kraft und größte Oppositionskraft im Freistaat bleiben würde. Dass es ihr gelingen könnte, Gestaltungsverantwortung in der Landesregierung wahrzunehmen, hatte nach Bundestags- und Europawahlen niemand angenommen (vgl. Wahlkampfbericht zur LTW Sachsen).

Die Linke in Brandenburg hat ein Ergebnis von 19% erhalten. Das bedeutet im Vergleich zu 2009 einen Verlust von -8%. Angesichts von Umfragewerten über das Jahr 2014 von durchschnittlich 22,3% war ein solches Absacken nicht zu erwarten, auch wenn sich in den letzten Tagen vor der Wahl bereits ankündigte, dass die Partei nicht nur deutlich hinter ihren Ergebnissen von 2009 zurückbleiben, sondern ggf. ein ähnliches Ergebnis wie in Sachsen zu verzeichnen haben würde.

Doch auch in der langfristigen Betrachtung relativiert sich das märkische Linksparteiergebnis. Bereits unmittelbar nach der Wahlentscheidung von 2009 im Ergebnis der Auseinandersetzungen um die bis dahin unbekannte Stasi-Vergangenheit von einigen linken Abgeordneten war die Partei in den Umfragen abgerutscht.

Zwischen Frühjahr und Herbst 2010 erzielte sie wieder Ergebnisse um 27%, doch ging es nach diesem Zwischenhoch für Die Linke in Brandenburg wie für die Linkspartei in Ostdeutschland insgesamt bergab. In Folge der innerparteilichen Kontroversen des Jahres 2011 (Göttinger Parteitag) verlor die Partei in den Umfragen ihre Position als stärkste Partei in Ostdeutschland und fiel auf Platz 3. Die Wirkungen dessen spürten die wahlkämpfenden Landesverbände in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern 2011.

Seither erhielt die Linkspartei in Brandenburg Umfrageergebnisse von durchschnittlich 22%; bei der Bundestagswahl 2013 erreichte sie 22,4% und bei der diesjährigen Europawahl 19,7%. Stellt man diese Ausgangslage in Rechnung, ist das Ergebnis der Brandenburger Linken bitter aber nicht dramatisch.

Die Linke in Thüringen kann entgegen dem Parteitrend das Wahlergebnis von 2009 halten. Dies ist dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren geschuldet: Der Präsenz des Spitzenkandidaten Bodo Ramelow, der Glaubhaftigkeit einer tatsächlichen Gestaltungsoption und einem Wahlkampf von SPD und Grünen, bei denen diejenigen Wählerinnen und Wähler, die tatsächlich eine Ablösung der CDU in Thüringen wünschten, nur die Chance hatten, für Die Linke zu stimmen, wollten sie sich dessen sicher sein.

Unter diesem Gesichtspunkt bleibt festzuhalten:

- Weder gewinnt Die Linke naturgemäß in der Opposition, noch verliert sie gesetzmäßig in Regierungsbeteiligungen – sofern sie tatsächlich regieren will.
- Berlin 2001, Thüringen 2014 sind Beispiele für einen Swing zugunsten der Linken. Den Anspruch, Gestaltungspolitik betreiben zu wollen, honorieren Wählerinnen und Wähler

– ohne dass daraus eine Garantie erwächst, fünf Jahre später nicht dennoch auch mal eine Niederlage einstecken zu müssen.

- Die Opposition ist kein natürlicher Humus einer erfolgreichen Linkspartei. Nötig für linke Wahlerfolge sind entsprechende Themen, die von links besetzt werden können und zur Mobilisierung führen oder eine Gestaltungsperspektive, wie beispielsweise eine Regierungsbeteiligung. In Sachsen wurden bei der diesjährigen Landtagswahl die Nicht- und Protestwähler/-innen von anderen politischen Formationen „abgeholt“ wie der AfD. Nicht allein zu Lasten der Linkspartei, sondern aller Parteien. Dies gilt ebenfalls für die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen, bei denen die AfD mit dem Rückenwind des sächsischen Ergebnisses zweistellige Ergebnisse erzielte.
 - Das Ergebnis der brandenburgischen Linken 2014 dürfte durchaus mit der verbreiteten Einschätzung bei den Wähler/-innen zusammenhängen haben, die Wahl sei ohnehin schon entschieden, es gehe um nichts mehr. Die faktische Ankündigung des Ministerpräsidenten etwa 14 Tage vor der Wahl, die Koalition mit der Linken fortsetzen zu wollen, hat ihren Teil dazu beigetragen.
 - Die Linke in Brandenburg hat rund 115 000 Stimmen an das Nichtwähler/-innenlager verloren. Der Koalitionspartner SPD seinerseits 85 000 und die CDU ebenfalls 36 000. Allein die AfD konnte 12 000 ehemalige Nichtwähler/-innen hinzugewinnen.
 - Dass die Regierungsbeteiligung der Linkspartei also ausschlaggebend für das Wahlergebnis sei, ist zu kurz gegriffen. Die Brandenburger Linke befindet sich diesbezüglich im Geleitzug der Gesamtpartei. Die PDS bzw. Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern verlor bei der Landtagswahl 2002 insgesamt 8 Prozentpunkte und legte 2006 leicht zu. In beiden Fällen war sie an der Regierung beteiligt. Im Jahre 2002 verlor die PDS parallel zur Landtagswahl die Bundestagswahl. In Berlin verlor die PDS bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 insgesamt 9,2 Prozentpunkte und unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Jahres 2011 noch einmal 1,7%.
- Eine Fortsetzung der rot-roten Landesregierung in Brandenburg sowie die Bildung einer linksgeführten Regierung in Thüringen wären zweifellos ein wichtiger Entwicklungsschritt in der siebenjährigen Entwicklungsgeschichte des Zusammenschlusses aus PDS und WASG. Nicht weniger aber auch nicht mehr. In Thüringen könnte Die Linke zeigen, dass sie nicht nur

mitregieren, sondern auch eine Regierung führen kann. Ob dies unter den Bedingungen einer einzigen Stimme Mehrheit möglich ist, werden die kommenden Tage, vielleicht Wochen zeigen.

Bundespolitische Bedeutung käme den beiden Landesregierungen aus sich selbst heraus nicht zu und es täte der Linkspartei in beiden möglichen Regierungen gut, sie nicht mit bundespolitischen Erwartungen zu überfrachten.

Strategisch würden beide möglichen Regierungen in 2016 wirken. Denn die beiden Landtagswahlen im kommenden Jahr in Bremen und Hamburg sind für die parlamentarische Repräsentanz der Partei in den westdeutschen Ländern zwar wichtig aber beide Stadtstaaten gelten als westliche Hochburgen und weniger vakant als Hessen 2013.

In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hingegen, wo im übernächsten Jahr die Landtage neben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz neu bestimmt werden, könnten und sollten aus linker Perspektive Landesregierungen unter Beteiligung oder Führung der Linkspartei Sogwirkung auf die Zusammenarbeit von SPD, Linkspartei und Grünen entfalten. Dennoch ist bei aller Liebe zu parteistrategischen Höhenflügen zu konstatieren: Landtagswahlkämpfe werden im Regelfall im betreffenden Land selbst entschieden und Regierungsbeteiligungen in Potsdam und Erfurt sind dabei eine und gemeinhin nicht die entscheidende Variable.

Bundespolitische Relevanz bei geringer unmittelbarer Wirkung

Bundespolitisch haben die Landtagswahlen wenig bis keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Bundespolitik spielte in den Wahlkämpfen keine Rolle – die Entscheidungen fielen aus landespolitischen Erwägungen. In diese wirkten die Bundestrends jedoch hinein. Die kleineren Koalitionspartner haben wenig Profilierungsmöglichkeit und das Stimmungspendel in der Wähler/-innen schwingt eher in Richtung Mitte-Rechts als Mitte-Links.

Die drei Landtagswahlen waren also keine Zwischenwahlen, mittels derer bundespolitische Signale gesetzt wurden, indem eine Regierungspartei im Bund gewonnen oder verloren hat bzw. die Opposition profitierte. Die große Koalition im Bund steht nach den ostdeutschen Landtagswahlen unangefochten da. Allein die SPD kann bis auf eine mögliche neue Regierungsbeteiligung in Sachsen und ein mögliches neues Modell in Thüringen keine Ländergewinne verbuchen.

Wenn die Landtagswahlen ein Stimmungsbild widerspiegeln, dann dass die politischen Lager seit der Bun-

destagswahl weitgehend unverändert sind. Der CDU ist der „natürliche“ Koalitionspartner FDP abhandengekommen, sie selbst liegt in den Umfragen bei rund 40%. Die SPD verharrt weiterhin im 25%-Turm, Die Linke und die Grünen liegen mit einem stabilen Wert von um die 9% weit abgeschlagen zurück.

Die Etablierung der AfD in drei ost-deutschen Ländern wird freilich ihre Wirkung hinterlassen und insbesondere die Union politisch unter Druck setzen. In dieser Hinsicht könnte die bundespolitische Relevanz insbesondere dann entfalten, wenn die AfD im kommenden Jahr in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die gemeinhin für eine wahlpolitische Überraschung gut sind, reüssieren sollte.

Im Bundesrat hätte nur für den Fall, dass in Sachsen und in Brandenburg neue Koalitionen aus CDU und SPD gebildet würden und die CDU in Thüringen weiterhin mit der SPD regierte, die große Koalition eine absolute Mehrheit. „Durchregieren“ könnte sie erfahrungsgemäß dennoch nicht. Davor stehen in der Regel noch immer die Einzelinteressen der Länder in ihrer Vielfalt von Ost und West, Stadtstaat und Flächenland sowie Geber- und Nehmerstatus im Länderfinanzausgleich.

Thüringen

Die Linke – stark durch Ramelow

Die Thüringer Linkspartei hat mit mehr als 28% ihr bestes Stimmenergebnis bei einer Landtagswahl erreicht. Zum fünften Mal in Folge steigerte sie ihr Ergebnis – gegenüber der ersten Landtagswahl 1990 hat sie ihr Ergebnis verdreifacht.

Obwohl sie genauso wie der sächsische Landesverband einen Wahlkampf aus der Opposition heraus führte, sind die Thüringer Ergebnisse weder mit denen in Sachsen noch mit denen in Brandenburg zu vergleichen.

Bei gesunkener Wahlbeteiligung legt die Thüringer Linkspartei prozentual zu. Absolut verliert sie freilich rund 23.500 Stimmen.

Bei der Bundestagswahl 2013 sank Die Linke insgesamt betrachtet unter das Niveau von 2009 zurück auf das Niveau der Bundestagswahl 2005. Diese Entwicklung vollzogen landespolitisch auch Die Linke in Sachsen und Brandenburg nach, die beide jeweils das Stimmenniveau der Wahlen von 2009 nicht halten konnten, als die politische Stimmungslage Die Linke stark begünstigte.

Die Linke in Thüringen profitierte vor fünf Jahren sowohl von den bundespolitisch günstigen Rahmenbedingungen als auch der gegen die CDU und insbesondere Dieter Althaus gerichteten Wechselstimmung im Land (vgl. Wahl-

nachtbericht Thüringen 2009).

Es gab im Land zwar keine wahrnehmbare Wechselstimmung doch angesichts der Tatsache, dass keine andere Partei so erkennbar mit einem Regierungswechsel verbunden wurde, konnte Die Linke diejenigen Wähler/-innen an sich binden, die einen Wechsel tatsächlich wollten. Der Zweikampf zwischen dem Herausforderer Bodo Ramelow und der amtierenden Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sorgte dafür, dass Die Linke so gut abschnitt. Das Stimmenergebnis 2014 ist insoweit sowohl Ramelow-Ergebnis als auch Gestaltungsauftrag.

Ein Gestaltungsauftrag, der im Übrigen auch seitens der SPD- und Grünen-Wähler/-innen ausgesprochen wurde: 27 000 ehemalige Wähler/-innen der SPD wechselten zur Linkspartei, weitere 6 000 kamen von den Grünen.

Obwohl Die Linke insgesamt 38 000 Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen erhält, muss sie 30 000 Stimmen abgeben, davon 16 000 an die AfD und 3 000 an andere Parteien. Weitere 11 000 Wähler/-innen von 2009 sind diesmal zu Hause geblieben.

Dass die AfD in Thüringen ebenso wie in Brandenburg und Sachsen in relevantem Maße Stimmen aus dem Lager der Linkspartei erhält, mag nur auf den ersten Blick verwundern. Dass mit der AfD erst vergleichsweise spät eine rechtspopulistische Partei in die bundesdeutsche Parteienarena eintrat, lag nicht zuletzt darin begründet, dass die Gründung der Linkspartei und die sich in ihr kanalisierende Thematisierung der sozialen Fragen eine Hürde für rechtspopulistische Parteigründungsversuche darstellte. Die „Etablierung“ der Linkspartei und der Wandel politischer Themen führt dazu, dass sich die Bindungen zwischen der Linkspartei und demjenigen Wähler/-innenspektrum löst, das parteipolitisch fluid diejenige Formation präferiert, die am stärksten gegen den Strich aller anderen Parteien bürstet.

Neu im Landtag: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD ist neben Brandenburg auch in den Thüringer Landtag eingezogen. Entgegen der Prognosen, die ihr zuletzt ein Ergebnis von ca. 7% voraussagten, hat sie mit 10,6 das bisher beste Ergebnis erreicht.

Mit 11 Mandaten ist sie stärker als die FDP in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode. Anders als die Partei in Sachsen verfügt sie in Thüringen weder über zumindest einigermaßen bekanntes Spitzenpersonal oder eine organisatorische Ausgangsbasis.

Sie nimmt einerseits die Funktion der „Denkzettel“ und Protestwähler-Partei ein, zeigt aber andererseits auch ein hohes Maß an überzeugten Wäh-

ler_innen aus dem wertkonservativen und rechten Wählerspektrum. Sie ist die eigentliche Wahlsiegerin.

Der Wahlkampf der AfD war erkennbar darauf angelegt, Protestwähler/-innen ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD.

In Übereinstimmung mit Alexander Häusler (2014) lässt sich festhalten: Die AfD ist „geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch affinem Milieu. Es gibt eine auffällige inhaltliche Zustimmung aus Parteikreisen zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Ein besonders Feindbild der AfD ist die so genannte Politische Korrektheit – die These, dass Medien und Politik vom angeblichen Diktat einer linksgestrickten ‚political correctness‘ beherrscht seien.“

Die Wähler/-innenschaft der AfD dürfte sich bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saßen.

In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.

Anders als in Sachsen lassen sich in Thüringen nach kursorischer Prüfung keine unmittelbaren Zusammenhänge zwischen hohen Stimmergebnissen für die AfD und die NPD erkennen.

Die AfD kann Stimmen aus allen politischen Spektren gewinnen. Die höchste Wählerwanderung erfolgt von den anderen Parteien (23 000), deren Wähler/-innen sich davon einen realen Stimmenerfolg erhoffen. Von der CDU wechseln 18 000 Wähler/-innen zu AfD, gefolgt von der Linkspartei (16 000) und jeweils 12 000 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenspektrum und von der SPD. Von der FDP wandern 11 000 Wähler/-innen ab und damit der prozentual höchste Anteil aus allen Parteien, gemessen an der Gesamtstimmenzahl der jeweiligen Partei.

Die „Wahlnachtberichte“ sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de) als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die Wahlnachtberichte sind abrufbar unter: <http://www.benjamin-hoff.de>

Bündnispartner für Amazon-Beschäftigte

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) hat im Rahmen des diesjährigen ITF-Kongresses (International Transport Workers Federation) in Sofia auf die Probleme bei Amazon hingewiesen. Der Kongress sagte zu, den Online-Händler Amazon gemeinsam mit der u.a. für Handel zuständigen UNI Global Union ins Visier zu nehmen. Da sich Amazon weigere, für bessere Arbeitsbedingungen und Tarifverträge zu sorgen, werde man Solidaritätsaktionen starten, um die Amazon-Beschäftigten in ihrem Kampf um existenzsichernde Arbeitsbedingungen und den Abschluss von Tarifverträge zu unterstützen. „Unser Ziel ist, eine globale Antwort auf die globale Herausforderung Amazon zu finden – für existenzsichernde Tarifverträge aller Beschäftigten entlang der Wertschöpfungskette“, betont Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle. Dafür sei es wichtig, globale Kampagnen zu organisieren, um gewerkschaftliche Stärke gemeinsam mit den Auslieferern, Speditionen und Dienstleistern bei Amazon zu entwickeln. Die ITF habe zugesichert, durch ihr globales Büro für Logistik- und Lieferketten die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Amazon beschäftigt weltweit rund 100 000 Mitarbeiter, die keiner Tarifbindung unterliegen. Immer mehr Beschäftigte, vor allem in Europa, schließen sich daher in Gewerkschaften zusammen, um für bessere Arbeitsbedingungen und Tarifverträge zu kämpfen. „Die Zusage der ITF ist ein weiterer Schritt für den Aufbau eines stabilen internationalen Netzwerkes“, betont Behle.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 18.8.2014

ITF-Aktionswoche sichert Lohn für Seeleute

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) zieht eine positive Bilanz der diesjährigen ITF-Woche. Erneut beteiligten sich alle maritimen Gewerkschaften der Ostseeanrainerstaaten an der ITF-Woche. Die Trupps der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) aus Hafenarbeitern, Seeleuten und ITF-Inspektoren kontrollierten in den vergangenen Tagen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute auf Schiffen unter Billigflaggen. Insgesamt sind mehr als 50 Schiffe in Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Lübeck, Wismar und Rostock kontrolliert worden. Dabei wurden besonders gravierende Verstöße bei der Heuerzahlung auf einem Kreuzfahrtschiff festgestellt, für Seeleute konnten dort Auszahlungen von 850.392,42 Euro durch die Gewerkschafter erreicht werden. Auf ver-

schiedenen anderen Schiffen konnten weitere Heuerforderungen für die Seeleute gesichert und ausgezahlt werden. In Bremerhaven wurde das Containerschiff „John Rickmers“ durch die ITF boykottiert. Die rechtlichen Schritte des Arbeitgebers gegen die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft wurden vom Gericht zurückgewiesen. So konnte auch für dieses Schiff die Anwendung eines Tarifvertrages für die Crew erreicht werden. Zwei weitere Schiffe des Unternehmens erhalten nach dieser Auseinandersetzung einen Tarifvertrag. Die bei weiteren Überprüfungen der Heuerzahlungen aufgedeckten Unregelmäßigkeiten für die Schiffsbesatzungen wurden eingefordert und ausgezahlt. „Das Ergebnis der Kontrollen zeigt, wie notwendig die ITF-Überprüfungen weiterhin sind“, sagte Klaus Schroeter, Leiter der Billigflaggenkampagne und Verdi-Bundesfachgruppenleiter Schifffahrt. „Die Wirkung der Aktionswoche beginnt deutlich vorher, einige Reedereien haben kurz vor Beginn der ITF-Woche Verträge für ihre Schiffe mit der ITF abgeschlossen, um einem eventuellen Boykott durch die Hafenarbeiter in einem deutschen Hafen aus dem Weg zu gehen“, erläuterte Schroeter weiter. Hafenarbeiter und Seefahrer setzten sich in den ITF-Wochen in ihrer Freizeit gemeinsam für die Billigflaggenkampagne der ITF ein. „Dieses Engagement stellt die Einzigartigkeit der Kampagne dar. Eine Beschäftigtengruppe kämpft für eine andere, Hafenarbeiter für Seefahrer. Das ist gelebte gewerkschaftliche Solidarität“, betonte Schroeter. Internationale Zusammenarbeit sei ein Schlüssel zum Erfolg. Die ITF-Woche sei auch deshalb so erfolgreich, weil in allen Ostseehäfen zeitgleich die verstärkten Kontrollen stattfinden. Seit Beginn der ITF-Wochen gibt es einen Austausch unter den Gewerkschaften der Ostseeanrainer. „In diesem Jahr waren Kollegen aus Estland zu Gast und haben uns unterstützt. Verdi-Kollegen aus den Häfen und aus der Schifffahrt haben sich im Gegenzug an der ITF Woche dort beteiligt“, so Schroeter.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 5.9.2014

Österreich: Mehr Einkommen im Hotel- und Gastgewerbe

Im Ringen um eine Einkommenserhöhung für die Beschäftigten im österreichischen Hotel- und Gastgewerbe konnten die Gewerkschaften vida und GPA-djp jetzt eine bundesweite Lösung erreichen. Für die rund 200 000 Beschäftigten werden mit 1. September die Löhne bzw. Gehälter um 2,2 Prozent erhöht. Die Forderung der Arbeitgeber nach einer Verkürzung der Nachtruhezeit und einer Verlängerung des Durchrechnungszeitraums

als Vorbedingung für eine Einkommenserhöhung konnte abgewehrt werden. In allen anderen Bundesländern betragen Mindestlohn bzw. Mindestgehalt künftig 1.349 Euro brutto, die Lehrlingsentschädigungen betragen 604 Euro im ersten Lehrjahr, im zweiten 674 Euro, im dritten 808 Euro und im vierten Lehrjahr 870 Euro. „Die Erhöhung liegt mit 2,2 Prozent leicht über der Inflationsrate und die Beschäftigten bekommen so zumindest die Teuerung abgegolten, ein Schritt, der von den Arbeitgebern eigentlich mit 1. Mai hätte gesetzt werden sollen“, so die Vertreter der Gewerkschaften vida und GPA-djp, Rudolf Komaromy und Alfred Gajdosik. „Im Sinne der Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe sind wir froh, dass uns diese Einigung auf Bundesländer-Ebene gelungen ist. Unser langfristiges Ziel bleibt jedoch eine Anhebung des Mindesteinkommens auf 1.500 Euro und ein bundesweit einheitliches, modernes Lohn- und Gehaltssystem“, so die Gewerkschafter abschließend.

Quelle: <http://www.oegb.at>, 10.9.2014

Türkei: Einschüchterung streikender Gewerkschafter

Gewerkschaftsmitglieder beim türkischen Molkereikonzern Sütas kämpfen für ihre Rechte und gegen massive Einschüchterung durch das Management, darunter Entlassungen, Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft, Polizeirazzien in den Gewerkschaftsbüros. Die der IUL angeschlossene Tabak-, Getränke- und Lebensmittelarbeiter/innen-Gewerkschaft TEKGIDA-Is begann im Jahr 2012 mit der Organisation der Beschäftigten von Sütas. Um die gewerkschaftliche Organisation zu stoppen, entließ der Arbeitgeber unverzüglich 30 Beschäftigte. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft weigerten sich, auf ihre Rechte zu verzichten, und setzten die Organisation fort. Bisher sind 83 Beschäftigte nach dem Beitritt zu der Gewerkschaft in 2 Fabriken in Bursa-Karacabey und Istanbul-Aksaray entlassen worden. Viele Beschäftigte werden schikaniert und durch Drohungen und Anrufe bei ihren Familien gezwungen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Andere Beschäftigte sind entlassen worden, weil sie über die sozialen Medien firmenkritische Bemerkungen verbreitet hatten. Die Beschäftigten werden gezwungen, dem Arbeitgeber ihre „e-state“-Passwörter (Online-Passwort für alle staatlichen Angelegenheiten) preiszugeben, anhand derer Unternehmensverantwortliche feststellen können, ob Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Obgleich dies eine strafbare Handlung seitens des Arbeitgebers ist, werden diejenigen, die sich weigern, entlassen. Die

entlassenen Beschäftigten stehen zusammen mit ihren Familien seit April 2014 Streikposten vor dem Fabrikeingang. Das Management hat den Bereich mit Lastwagen zugestellt, damit die Streikposten nicht sichtbar sind. Als die entlassenen Beschäftigten sich weigerten, sich zu zerstreuen, kippte das Management 13 Tonnen Gülle in den Streikbereich. Zwar wollte man mit dieser Aktion den Streik beenden und die Demonstranten zerstreuen, dadurch wurden aber Fliegen in die Molkerei gelockt, was eine Gefährdung der Lebensmittelsicherheit zur Folge hatte. Schließlich musste das Management den Bereich säubern und die umliegenden Dörfer desinfizieren lassen. Der Eigentümer der Fabrik, Muharrem Yilmaz, der Vorsitzende der Vereinigung türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSIAD), trat von seinem Amt zurück, als der Gülleskandal in der Sütas-Fabrik publik wurde.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 9.9.2014

USA: Erfolgreiche Einigung für Hafenbeschäftigte

In einer Abstimmung haben Hafenbeschäftigte in den Getreideterminals an der nordwestlichen Pazifikküste der USA am 26. August der Ratifizierung eines neuen Kollektivvertrags mit mehreren multinationalen Getreidehandelsunternehmen zugestimmt. Die der ITF angeschlossene „International Longshore and Warehouse Union (ILWU)“ hatte die globalen Getreidehandelsriesen beschuldigt, einen 80 Jahre alten Kollektivvertrag auszuhebeln. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde nun endlich eine Einigung erzielt. Im Laufe des Konflikts waren Beschäftigte bei den Getreideexporteuren Grain Corporation in Columbia und United Grain Corporation in Vancouver ausgesperrt und Berichten zufolge durch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitskräfte ersetzt worden. Nach der Einigung kehrten die ILWU-Mitglieder am 27. August an ihre Arbeitsplätze zurück. An der Abstimmung hatten Mitglieder der ILWU-Geschäftsstelle 8 in Portland (Oregon) und in Washington State sowie der örtlichen Geschäftsstellen 4 in Vancouver, 21 in Longview, 19 in Seattle und 23 in Tacoma teilgenommen. Dabei sprachen sich 88,4 Prozent für eine vorläufige Vereinbarung mit Louis Dreyfus Commodities, United Grain Corporation und Columbia Grain Inc. aus, die veränderte Arbeitsvorschriften und Lohnerhöhungen mit Gültigkeit bis zum 31. Mai 2018 vorsieht. Insgesamt beteiligten sich 1.475 Mitglieder an der Abstimmung, von denen 193 gegen die Vereinbarung stimmten. Ray Familathe, der internationale Vizepräsident der ILWU und Vorsitzende der ITF-Sektion Häfen, erklärte in einer

Stellungnahme: „Die Verhandlungen waren schwierig. Letzten Endes sind sich beide Parteien jedoch ein gutes Stück entgegengekommen und verständigten sich auf einen tragfähigen Kollektivvertrag, der den Erhalt der Arbeitsplätze der von der ILWU vertretenen Beschäftigten gewährleistet und die Stabilität des Getreideexports fördert.“ Im Rahmen einer Solidaritätskampagne der ITF für die Hafenbeschäftigten hatten ITF-Gewerkschaften weltweit ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht. So hatten sich z. B. der Kapitän und die Besatzung des Schiffes Ramada Queen im Jahr 2013 im Hafen von Vancouver im Namen seiner japanischen Gewerkschaft mit den Hafenbeschäftigten solidarisch erklärt. Die Verträge der Japanischen Seeleutengewerkschaft enthalten eine von der ITF formulierte Solidaritätsklausel, wonach ihre Mitglieder die Streikpostenkette anderer Gewerkschaften respektieren. ITF-Generalsekretär Steve Cotton gratulierte der ILWU zu ihrem Erfolg.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 28.8.2014

Pakistan: Hilfe für Textilarbeiter

Der Skandal der globalen Textilproduktion: kein Brandschutz an den Arbeitsplätzen, keine Versicherung im Krankheitsfall, sechs Tage die Woche 14 Stunden für einen Hungerlohn arbeiten. Wer einer Gewerkschaft beiträgt, riskiert seinen Job. Gewerkschaftsmitglieder werden verprügelt, entführt und verhaftet. Die Vorsitzenden von DGB, Ver.di und IG Metall rufen anlässlich des zweiten Jahrestages des verheerenden Brandes in der pakistanischen Textilfabrik Ali Textile zur Unterzeichnung des Aufrufs „Wir stehen am Anfang“ auf. Darin fordern die Gewerkschaftsvorsitzenden zu öffentlichem Handeln und konkreter Hilfe für die Beschäftigten der globalen Textilindustrie auf: „Die Kolleginnen und Kollegen an den Nähmaschinen in Süd- und Südostasien haben Anspruch auf eine angemessene und faire Entschädigung“, so Detlef Wetzel, Vorsitzender der IG Metall, „sie brauchen dringend bessere Arbeitsbedingungen und eine anerkannte gewerkschaftliche Vertretung.“ Am 11. September 2012 verbrannten 255 Beschäftigte qualvoll in einer maroden Fabrik, die maßgeblich für einen deutschen Textilhändler produzierte. Noch immer gibt es für die Opfer und Hinterbliebenen keine substantiellen Entschädigungen. „An den Arbeitsbedingungen in der asiatischen Textilindustrie, die weltweit für Empörung sorgen, hat sich kaum etwas geändert“, so Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB. „Würdige Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten sind nicht in Sicht. Um das zu ändern, braucht es Öffentlich-

keit, in den betroffenen Ländern, aber auch und gerade bei uns.“ Die drei Gewerkschaftsvorsitzenden fordern ein deutlich verschärftes Haftungsrecht für deutsche und europäische Unternehmen, die in den Ländern des globalen Südens fertigen lassen. Zugleich rufen sie unter dem Stichwort „Gewerkschaftshaus Karatschi“ zu Spenden für die sozialmedizinische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international auf, mit denen medizinische Hilfe, die Finanzierung von Gerichtsverfahren der Überlebenden und Hinterbliebenen sowie der Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Pakistans Industriemetropole Karatschi gewährleistet werden sollen. „Wir tun das nicht, um die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen, im Gegenteil: Wir wollen Druck machen. Es geht um gute Arbeit und ein gutes Leben, hier wie anderswo“, so der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske. Unterstützt werden die Gewerkschaften dabei von Bundestagsabgeordneten, Wissenschaftlern und Künstlern, die den Aufruf mitunterzeichnet haben.

Quelle: <http://www.igmetall.de>, 11. 9.2014

Philippinen: Unterstützung für Beschäftigte in der Thunfischindustrie

Mit Unterstützung der ITF und der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) haben Beschäftigte in der philippinischen Thunfischindustrie, die wegen der Gründung einer Gewerkschaft entlassen wurden, eine Aktionswoche gestartet. Mitglieder des Teams der Kampagne „From catcher to counter“ („Vom Fangschiff zur Fischtheke“) waren nach General Santos gereist, um sich hinter die Aktionen für ihre Wiedereinstellung und die Anerkennung der United Workers of Citra Mina Group of Companies Union (UWCMGCU) zu stellen. Falls der Konflikt nicht in naher Zukunft beigelegt werden kann, wird nun eine Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gegen Citra Mina in Erwägung gezogen. Dazu Liz Blackshaw, die Leiterin des ITF/IUL-Programms für den Fischereisektor: „Wir wollen diesen Konflikt endlich beilegen, damit die Beschäftigten ihre Arbeit wieder aufnehmen können und wir weiter daran arbeiten können, dass die gelbe Karte, die die EU dem philippinischen Fischereisektor wegen illegaler, nicht regulierter und nicht angemeldeter Fangtätigkeit gezeigt hat, wieder zurückgenommen und die Chance auf ein konstruktives Handelsabkommen mit Europa nicht verpasst wird. Das wäre eine Katastrophe für die Unternehmen, die Wirtschaft und die Beschäftigten.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 5.9.2014

Bildungsstreik 2014 – Gegen Armut, Ausgrenzung, Leistungszwang



HANNOVER. Unbezahlte Praktika, prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen, Leiharbeit und Niedriglohnsektor. Das ressourcenarme Deutschland hat seine Schüler_innen, Studis und Lohnabhängige vorbildlich konditioniert. Deutschland behauptet sich gut in der Standortkonkurrenz. Während die Menschen im Süden Europas nicht nur ohne Jobs, sondern auch ohne Gesundheitsversorgung und ohne ausreichend Lebensmittel da stehen, geht's Deutschland Wirtschaft richtig gut. Ein Grund zu feiern ist das nicht! ... Die Vorstellung, dass Studierende nur feiern und ausschlafen, hält sich zwar hartnäckig, aber die Realität sieht für die meisten ganz anders aus. Die Miete, die Bücher, die Uni-Gebühren usw. müssen bezahlt werden. Denn wie alles in dieser Gesellschaft sind auch während des Studiums selbst die existenzsichernden Bedürfnisse nur gegen Geld zu haben. Die meisten Studis besitzen davon allerdings eher wenig oder nichts. Der BAFöG-Antragskrieg bringt selten die erhoffte finanzielle Erleichterung. Die Konsequenz sind dann schlecht bezahlte (Neben-)Jobs, die den Lebensunterhalt finanzieren sollen, oder teure Studienkredite. Schlimmer geht's immer. In der Regel sind Praktika während des Studiums Pflicht, teilweise über mehrere Monate. Geld verdienen fällt in der Zeit flach ...

Ausgrenzung: Aber nicht nur, dass das Studium eine enorme finanzielle Belastung ist. Hier überhaupt studieren zu dürfen, ist nur wenigen vorbehalten. Der Staat sucht ganz genau aus, wer die eigene Arbeitskraft später auf dem Markt gut verkaufen kann und hier Ausbildung oder Studium absolvieren darf. Die finanziellen Belastungen für Ausländer_innen sind von Beginn an deutlich höher als für Studierende aus Deutschland. So müssen Studienbewerber_innen aus dem Ausland Rücklagen von ca. 8000 € nachweisen, sonst droht die Abschiebung. Neben dem Studium Geld zu verdienen, ist auch nur begrenzt möglich. Als wären die institutionellen Hürden nicht unangenehm genug, müssen sich Menschen aus dem Ausland noch permanent vor rassistischen Übergriffen in Acht nehmen. Denn selbst der beste Bildungsweg schützt nicht vor Rassismus.

Leistungszwang: Happy Birthday Bologna-Reform! Mögest du auch weiterhin Studis knechten für Europa. Bologna

ist das elitäre Gegenstück zu Hartz IV. Die Studierenden werden in kürzester Zeit unter größtmöglichem Druck durch die Hochschulen getrieben – inklusive Sanktionen, sollte das nicht funktionieren. Langzeitstudiengebühren, straffe Prüfungsordnungen und immense Leistungsanforderungen durch potenzielle Arbeitgeber_innen sorgen schon zu Beginn des Studiums für eine imaginäre Peitsche, die die Studis zu Höchstleistungen antreiben soll. Während Hartz IV-abhängige Menschen von Jobcentern zu asketischer Lebensweise erzogen werden, wird die Bildungselite durch Turboabi und Turbostudium in die Arbeitsmarktverwertung geschickt. Nebenbei wird fleißig aussortiert ... Gegen den Konkurrenzkampf, gegen Leistungszwang und Rassismus – für eine solidarische Gesellschaft!

www.abs-bund.de/

Kriegswaffenlieferung in den Irak be- und verhindern

STUTTGART. Mit einem Aufruf zur aktiven Behinderung der geplanten Kriegswaffenlieferung an den Irak wendet sich die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) heute an die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. „Die Entscheidung von Kanzlerin und einigen Ministern für diese Waffenlieferung ist politisch fundamental falsch, trägt zur weiteren Gewalteskalation im Pulverfass Irak bei, ermöglicht durch den Einsatz deutscher Waffen auf Jahrzehnte hinaus im Nahen und Mittleren Osten weitere Menschenrechtsverletzungen – und sie ist grundgesetz- und völkerrechtswidrig!“ erklärte DFG-VK-Bundessprechers Jürgen Grässlin den Aufruf. Allein die Bundeskanzlerin und vier Minister von CDU/CSU sowie SPD haben in interner Runde Ende August 2014 diese Entscheidung gefällt, ohne dass die Bundesregierung und der Bundessicherheitsrat einbezogen worden wären. „Dadurch wären die Lieferungen nicht besser oder gar richtig geworden, sie hätten aber wenigstens noch den Anstrich eines demokratischen Verfahrens gehabt“, sagte der Politische Geschäftsführer der DFG-VK Monty Schädel. Die Debatte und die Abstimmung im Bundestag am 1. September waren nicht mehr als Augenwischerei. Der Bundestagsbeschluss hat rein

Keine weiteren
Kriegswaffen
in den Irak!



symbolischen Charakter. Deshalb fordert die DFG-VK „im Wissen um die drohenden weiteren Menschenrechtsverletzungen mit deutschen Waffen und in der Erkenntnis der Völ-

kerrechtswidrigkeit der Lieferung von Kriegswaffen in den Irak: – von der Bundesregierung die Rücknahme der Lieferentscheidung deutscher Kriegswaffen in den Irak, – von allen an der Ausfuhr Beteiligten in der Politik, bei der Bundeswehr, beim Zoll und denen in der Abfertigung die aktive Behinderung sowie Verhinderung der Waffenausfuhr in den Irak. „Wenn Regierungen jetzt wieder Krieg anstelle von Politik zur Lösung von Konflikten anwenden, muss der Transport der Waffen dafür be- und verhindert werden.“ fordert Schädel. „Optionen dafür sind für mit der Ausfuhr betrauten Personen u.a. Dienst nach Vorschrift und Nicht-zusammenarbeit, das Liegenlassen der Antragsunterlagen, die Bearbeitung anderer wichtiger Unterlagen, die Krankmeldung und /oder die Begründung von Gewissensgründen. Auch Demonstrationen und Blockaden sind möglich. – Weil der Krieg hier bei uns beginnt, müssen wir ihn hier stoppen!“ Die Widerrechtlichkeit der Kriegswaffenlieferungen hatte der vormalige Vizepräsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und Experte für das Außenwirtschaftsrecht Olaf Simonen bereits in seinem Beitrag „Waffenlieferungen sind illegal“ (in der Frankfurter Rundschau vom 28.8.2014) differenziert. Demnach legt Artikel 25 des Grundgesetzes fest, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind. Artikel 26 des Grundgesetzes verpflichtet Deutschland, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Gemäß den beiden Ausführungsgesetzen, dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG), kommen Exporte nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, so bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen. Mit der Lieferung von Kriegswaffen verstößt die Bundesregierung gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen von 1949. Schließlich hat die UN-Charta das frühere Recht eines souveränen Staates, einen Krieg führen zu können, abgeschafft.

www.dfg-vk.de

Der geheime Plan zum Atommüll-Export

HAMBURG. Viel war in den vergangenen Jahren die Rede von der Verantwortung, die man für den Atommüll übernehmen müsse. Ein Abschieben der Abfälle ins Ausland komme nicht in Frage, beteuerten PolitikerInnen aller Couleur. Selbst in Gesetzen schlug sich diese Haltung nieder. Das Atomgesetz etwa verbietet seit Mitte 2005 Transporte abgebrannter Brennelemente zur Wiederaufarbeitung ins Ausland – ein zumindest indirekter Schlussstrich unter diese besonders schmutzige Seite des Atomgeschäfts, denn Wiederaufarbeitungsanlagen sind

bekanntlich wahre atomare Dreckschleudern. Auch im Endlagersuchgesetz, das der Bundestag im Juli 2013 verabschiedete, ist gleich im ersten Paragraphen explizit davon die Rede, dass kein Atom Müll – „einschließlich abgebrannter Brennelemente“ – exportiert werden soll. Das jedoch hinderte weder das Bundesforschungsministerium noch das Wissenschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen, neun Monate später, im April 2014, mit dem US-Energieministerium (DOE) eine Absichtserklärung zum Export der hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus den stillgelegten Atomkraftwerken AVR Jülich und THTR Hamm-Uentrop zu unterzeichnen. Demnach sollen die rund eine Million kugelförmiger, etwa tennisballgroßer Brennelemente in der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) H-Canyon im militärisch-atomaren Komplex Savannah River Site (SRS) wiederaufgearbeitet werden. Danach sollen sämtliche Abfälle in den USA verbleiben – obwohl es auch dort kein Endlager gibt. Export und Wiederaufarbeitung würden das Atom Müllproblem also nur verschieben, nicht lösen.

www.ausgestrahlt.de

Gesetzesinitiativen des Bundes befördern antiziganistische Diskriminierungen

KIEL. Flüchtlingsrat und Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein nehmen mit Blick auf die aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über in der Bevölkerung verbreitete Einstellungen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland Stellung zu aktuellen Gesetzesinitiativen. „Die Befunde der Studie sind aus Sicht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma dramatisch“, mahnt schon der erste Satz der gerade erschienenen Studie „Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung“ zu Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland. Die Antidiskriminierungsstelle hatte die lesenswerte Studie beim Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und beim Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e.V. in Auftrag gegeben. Rund 20 Prozent der Befragten wissen demnach nichts über die Verfolgungen und Ermordungen von Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus. Fast die Hälfte der Befragten steht der Ansicht, Deutschland habe gegenüber den Sinti und Roma eine historische Verantwortung, skeptisch gegenüber oder teilt sie nicht. Sinti und Roma werden von jedem/jeder Dritten für unsympathisch gehalten, ebenso viele Befragte fänden es unangenehm, Sinti oder Roma in der Nachbarschaft zu haben ... Gefordert werden unter anderem Verbesserungen beim rechtlichen Schutz vor Diskriminierungen durch staatliche

Stellen, ein eigenständiges Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände und das Ende des sogenannten „racial profiling“ durch die Polizeibehörden. Der Flüchtlingsrat und der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein begrüßen diesen Forderungskatalog ausdrücklich und formulieren insbesondere mit Blick auf die Tätigkeit des Gesetzgebers aus aktueller Sicht Ergänzungsbedarf. Denn die Umsetzung von zwei aktuellen Gesetzesinitiativen würde sich vor allem für Roma verheerend auswirken. „Während der Bund unter den Ländern derzeit Mehrheiten für ein Gesetz sucht, das Flüchtlingen aus dem Westbalkan pauschal die Asylwürdigkeit abspricht“, mahnt Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, „äußern Verwaltungsgerichte in Stuttgart und Münster Zweifel an der Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Asylanträge serbischer Roma als offensichtlich unbegründet abzulehnen.“ Die von der Bundesregierung geplante Erklärung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas zu sicheren Herkunftsstaaten ignoriere die systematisch diskriminierenden Bedingungen und damit Verfolgungstatbestände, denen Roma in diesen Ländern ausgesetzt seien. Auch die aktuelle Gesetzesinitiative zur Verschärfung des EU-Freizügigkeitsrechtes konterkariert nach Ansicht beider Akteure die Forderungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, gegen institutionelle Diskriminierungen vorzugehen. Jana Pecenka vom Antidiskriminierungsverband erklärt: „Anstatt den vor allem gegen Roma gerichteten Generalverdacht des ‚Sozialbetrugs‘, als rassistisch und antiziganistisch zu entlarven, wird ihm hier durch eine Gesetzesinitiative Vorschub geleistet.“

www.frsh.de

Zweiter Jahrestag der Brandkatastrophe in pakistanischer Textilfabrik.

BERLIN. Soforthilfe: Ja; Entschädigung auf lange Sicht: immer noch nicht – das ist der Stand der Verhandlungen zwischen KiK und den Überlebenden und Hinterbliebenen des Brandes in der pakistanischen Textilfabrik Ali Enterprises vor zwei Jahren. Bei der Brandkatastrophe am 11. September 2012 starben 254 Menschen, 55 wurden verletzt. Der deutsche Textildiscounter KiK, Hauptauftraggeber der Fabrik, zahlte zwar eine Soforthilfe, verzögert seither aber die Verhandlungen über langfristige Entschädigung. Im Dezember 2012 hatte sich KiK aufgrund des hohen öffentlichen Drucks vertraglich u.a. zu Verhandlungen über langfristige Entschädigungen verpflichtet. Damit soll beispielsweise der dauerhafte Verdienstausfall des Hauptnährers einer Familie kompensiert werden. „KiK verschleppt diese Verhandlungen seit fast

einem Jahr“, so Frauke Banse von der Kampagne für Saubere Kleidung, die an den Verhandlungen beteiligt ist. „Bleibt es dabei, müssen juristische Schritte zur Einhaltung des Vertrags folgen.“ Dabei geht es nicht nur um Geld. „Den Betroffenen geht es um Gerechtigkeit. Sie wollen, dass KiK sich endlich der Verantwortung für seine ausländischen Zulieferbetriebe stellt“, sagte Miriam Saage-Maas vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). „Sollten die Verhandlungen erneut scheitern, sind sie bereit, KiK vor einem deutschen Gericht zu verklagen.“ Das ECCHR und die Frankfurter Hilfsorganisation medico international unterstützen sechs Familien bei der juristischen Aufarbeitung des Brandes und bei der Vorbereitung einer Klage auf Schadensersatz in Deutschland ... Zum zweiten Jahrestag des Brandes haben die Vorsitzenden des DGB, von Verdi und der IG Metall deshalb die Unterschriftenkampagne „Wir stehen am Anfang“ initiiert. In Berlin gibt es heute um 17 Uhr vor der KiK-Filiale in Neukölln (Hermannstraße 214) eine Mahnwache zum Gedenken an die Toten. Weitere Gedenkveranstaltungen finden in Köln, Amsterdam und in Karatschi statt.

www.saubere-kleidung.de/

Sofortige Hilfe für die Opfer des Terrors durch den sog. „Islamischen Staat“!

FRANKFURT. Auf Einladung des „Gesprächskreis Mittelmeer-Partnerschaft“ des Interkulturellen Rats in Deutschland und des Avicenna-Preis e.V., vertreten durch Dr. Jürgen Micksch, fanden sich am 1. September 2014 mehrere Organisationen und Einzelpersonen in Frankfurt am Main mit Vertretern der Ezidischen/Yezidischen Gemeinde in Deutschland zusammen. Ziel war es, sich über die aktuelle Situation der Eziden, Christen und Muslime nach den aktuellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verübt durch die Terrorgruppen von ISIS zu informieren und gemeinsame Initiativen zu beraten. Zum Zeichen der Solidarität mit den Opfern und den Überlebenden und um konkrete humanitäre und politische Maßnahmen einzufordern und tatsächlich in Gang zu setzen, verständigten sich die Teilnehmenden des Gesprächs darauf, eine Kontaktgruppe Eziden einzurichten. Ziel ist es, Informationen über das grausame Schicksal und die aktuelle humanitäre Katastrophe vor Ort auszutauschen und nachhaltig in das Bewusstsein der Öffentlichkeit sowie der verantwortlichen politischen Entscheidungsträger in Berlin, den Landeshauptstädten und Brüssel zu tragen. Konsequentes politisches Handeln ist überfällig!

www.grundrechtekomitee.de

Anmerkungen und offene Fragen zum Eisenbahnunfall in Mannheim am 2. August 2014

Auf eine Unfallbeschreibung sollte hier verzichtet werden können, weil dies für alle Interessierten in den Medien bereits ausführlich geschah, ebenso wurden die Unfallfolgen dargestellt.

Marodes Netz?

Bei den ersten Versuchen, eine Erklärung für den Unfall zu finden, wurde in den Medien auch eine Verbindung zwischen „marodem“ Netz und verschiedenen Unfällen in der Vergangenheit hergestellt. Die Frage wurde indirekt gestellt, ob das schlecht gewartete Bahnnetz, das bereits zu verschiedenen Unfällen führte, auch beim Unfall im Mannheimer Hauptbahnhof eine Rolle spielte. Allerdings wurde in den ersten Berichten auch stets betont, dass die Unfallursachen im aktuellen Fall unklar sind (SWR Sendung Extra am 2. August).

Gefahrenstelle?

Eine weitere Ursache für den Unfall wurde darin gesehen, dass die Einfahrt in den Mannheimer Bahnhof von Osten als Gefahrenstelle bekannt sei. Nach Aussagen von Lokführern sei an dieser Stelle hohe Aufmerksamkeit geboten, „wenn man auf diesen Bahnhof zufährt mit dieser Signalwand mit mehreren Signalen“ (in einer Kurve).

Später wurde dem widersprochen, die Strecke wäre in keiner Form außerge-

wöhnlich und Mannheim sei ein „normaler“ Bahnhof, aber „jeder Bahnhof habe natürlich seine Besonderheiten“, weswegen die Lokführer die Bahnhöfe und Strecken kennen müssten, „sonst dürfen sie dort nicht fahren“ (Jens-Peter Lück, stellvertretender Vorsitzender der GdL Süd-West im „Mannheimer Morgen“ 9. August 2014)

Fehler des Lokführers?

Die Beschreibung des Unfallhergangs in einer gemeinsamen Erklärung der Staatsanwaltschaft und der Bundespolizei wurde in den Medien dargestellt wie eine Vorabverurteilung des Lokführers des Güterzugs:

„Die Bremsung wurde nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen nun durch den Lokführer wieder aufgehoben und der Güterzug setzte so seine Fahrt fort. Dabei fuhr er an zwei weiteren

Halt zeigenden Lichtsignalen vorbei.“ (Aus der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft)

Warum ein Lokführer mit einer 30-jährigen Berufserfahrung solch schwerwiegende Fehler machte, ist nicht geklärt. Jedoch sind die Schutzmaßnahmen für einen sicheren Bahnverkehr so gestaltet, dass in der Verknüpfung von technischer Sicherung und korrektem Arbeiten auch menschliches Versagen wieder korrigiert werden kann. Im Stellwerk wird nämlich eine solche Vorbeifahrt an Signalen sofort optisch und akustisch gemeldet. Auch die Weiterfahrt nach dem Zwangshalt wird im Stellwerk registriert. Der Fahrdienstleiter könnte den Lokführer sofort mit einem Nothaltauftrag über Notruf anhalten. In jedem Falle muss geklärt werden, was zwischen dem Fahrdienstleiter, dem Stellwerk und dem Lokführer kommuniziert wurde.

Unklar ist auch, warum die Weiche so gestellt war, dass der Güterzug auf das Gleis des EC gelenkt wurde. Wäre diese Weiche auf Geradeausfahrt gestellt gewesen, hätte sie auch bei grob fahrlässigem Verhalten des Lokführers als Sicherheitsweiche dienen können. Das steht im Widerspruch zu Verlautbarungen der DB AG die technischen Einrichtungen der Deutschen Bahn hätten einwandfrei funktioniert.



Dejà vu: Das Zugunglück von Brühl

Dokumentiert aus Wikipedia: Das Zugunglück von Brühl ereignete sich am 6. Februar 2000 im Bahnhof Brühl an der linken Rheinstrecke. Der von der Lok 101 092 gezogene D 203 Schweiz-Express von Amsterdam nach Basel fuhr mit überhöhter Geschwindigkeit über eine in abzweigender Lage gestellte Weiche und entgleiste. Dabei kamen neun Fahrgäste ums Leben. (...)

Untersuchung durch das Eisenbahn-Bundesamt: (...) Es stellte sich dabei heraus, dass der Lokführer bei der Deutschen Bahn die Ausbildung zum Lokführer ohne Erfolg abgeschlossen hatte. Nach einem Wechsel zur Häfen und Güterverkehr Köln konnte er seine Ausbildung zum Triebfahrzeugführer 1998 erfolgreich beenden und wurde dort zuerst als Streckenlokomführer, spä-

ter als Lokrangierführer mit sporadischen Fahrten auf regionalen Strecken eingesetzt. 1999 wurde er ohne eine erneute Prüfung von der Deutschen Bahn AG übernommen. Eine einwöchige Weiterbildung war zwar bescheinigt, doch stellte sich heraus, dass er stattdessen Tätigkeiten in der Werkstatt auszuführen hatte. Im Abschlussbericht vom 20. April 2000 wurde die Ausbildung des Lokführers unabhängig von dieser Unstimmigkeit als ausreichend bezeichnet, da die Ausbildung der Häfen und Güterverkehr Köln nach dem Regelwerk der Deutschen Bahn erfolgte. Weiterhin stellte das Eisenbahn-Bundesamt fest, dass in der Betriebs- und Bauanweisung und im Verzeichnis der Langsamfahrstellen mehrere Fehler enthalten waren. Dies könnte für die Entscheidung des Lokführers, den Zug weiter zu beschleunigen, begünstigend gewirkt haben.

Red. – Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Eisenbahnunfall_von_Brühl

nigen, begünstigend gewirkt haben. Die Signalisierung an der Unglücksstelle wurde laut Eisenbahn-Bundesamt jedoch korrekt ausgeführt. (...)

Wirkung in den Medien: Es entwickelte sich eine Debatte um die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen der Lokführer, da zum Zeitpunkt des Unglücks im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen der Deutschen Bahn AG viele Triebfahrzeugführer entlassen wurden und die Arbeitsbelastung der verbleibenden Triebfahrzeugführer stark zunahm. Die Debatte wurde weiter angeheizt, als im Untersuchungsbericht Mängel in der Ausbildung des Triebfahrzeugführers zu Tage traten. Es kam auch die Frage auf, ob Einsparungen im Zuge der Bahnreform von 1994 Auswirkungen auf die Sicherheit im Schienenverkehr haben könnten.

Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Lokführern

Am 11. August organisierte die Eisenbahn und Verkehrs Gewerkschaft (EVG) im Zusammenhang mit dem Unfall eine Pressekonferenz. Zentrales Thema war die Qualifikation von Lokführern und die Kontrolle der Arbeitszeiten. In der Presseerklärung („Medieninfo“) der EVG wird Zusammenhang zwischen der „Befähigung und Streckenkenntnis“ des Lokführers, den Dienstzeiten einschließlich Pausen und dem Unfall nicht ausgeschlossen: „Ohne über die tatsächlichen Ursachen spekulieren zu wollen zeigt dieser Vorfall wieder einmal, dass hinterfragt werden muss, welche Qualifikationen nötig sind, um auf dem deutschen Netz Eisenbahn zu fahren“ (Reiner Bieck, EVG-Vorstandsmitglied).

Bieck beklagte die mangelhafte Qualifikation von Lokführern, insbesondere bei Beschäftigten von Personal-Agenturen. Bei der DB AG gibt eine dreijährige „klassische“ Ausbildung und eine Funktionsausbildung auf dem zweiten Bildungsweg mit einer Dauer zwischen sechs und neun Monaten. Über eine Verlängerung dieser Ausbildungszeit soll laut dem Vertreter der GDL nachgedacht werden. EVG-Vertreter sprechen auch von einer 14 Monate dauernde Ausbildungszeit. Für die Qualifikation von Lokführern sind vom Verband der Verkehrsunternehmen (VdV) nur Rahmenrichtlinien vorgegeben. Es gibt 71 Schulungsunternehmen in Deutschland, die keine einheitlichen Lehrpläne und Schulungsinhalte haben. Für die Prüfung der Schulungsabsolventen stehen 124 Prüfer zur Verfügung, es gibt keine abgestimmten Prüfungsinhalte, mit denen eine einheitliche Qualifikation getestet werden könnte. Qualifizierungsnachweise werden nur bei den Beschäftigten der DB AG durch das EBA überprüft, ebenso die Einhaltung der gesetzlich und tariflich festgelegten Arbeitszeiten. Reiner Bieck betonte: „Wir sagen aber, dass das System verändert werden muss. Nicht der Lokführer ist das Problem, sondern der verschärfte Wettbewerb.“

Aufträge für den Transport von Gütern auf der Schiene seien heiß begehrt, bis zu 400 Unternehmen würden um Transportaufträge auf dem deutschen Markt kämpfen, sagte Reiner Bieck. So entsteht ein Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Kosten eben auch zum Nachteil von Qualifikation und auf Kosten der Beschäftigten. „Seit einiger Zeit würden auch ‚selbständige Lokführer‘ ihre Dienste anbieten. „Diese arbeiteten als „Freelancer“ (Selbständige) auf eigene Rechnung und hätten schon deshalb ein Interesse daran, alle Fahraufträge mitzunehmen, was immer sich anbietet.“ (Presseerklärung EVG)

Um Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, die den hohen Sicherheitsanfor-

derungen der Bahn Rechnung tragen, fordert die EVG die „elektronische Fahrerkarte“. Für die abhängig Beschäftigten der DBAG und auch Leihbeschäftigten gelten zwar die einschlägigen Arbeitszeitregelungen und ggf. auch Tarifverträge. Das Arbeitszeitgesetz schreibt nach den ersten sechs Arbeitsstunden eine Pause von 30 Minuten vor. Im Tarifvertrag beider Bahngewerkschaften (EVG und GDL) ist die erste Pause nach 5 1/2 Stunden vereinbart.

Für die „selbständigen Fahrer“, die sich „frei“ verdingen, gibt es jedoch keinerlei gesetzliche Regelung analog der Lenkzeiten für LKW-Fahrern.

Mit der elektronischen Fahrerkarte könnten die Arbeitszeiten erfasst werden, sowie die „Qualifikationen und Befähigungen eines Lokführers, bis hin zum Nachweis der notwendigen Streckenkenntnis.“ (Presseerklärung EVG)

Dieser Vorschlag einer Kontrolle der Fahrer wird laut EVG vom Bundesverkehrsminister abgelehnt. Obwohl die Forderung nach einer Kontrolle der Fahr- und Ruhezeiten in der 1. Lesung des 4. Eisenbahnpaket im EU-Parlament aufgenommen wurde, sei diese auf Druck der europäischen Verkehrsminister wieder entfernt worden. Begründet würde das damit, dass die Kosten den Nutzen übersteigen würden.

Welche Qualifikation?

Von Lokführern wird immer wieder betont, dass neben den theoretischen und praktischen Schulungen die Streckenkenntnis von grundsätzlicher Bedeutung ist. Daher würden einzelne Lokführer nur auf festgelegten Strecken

fahren und kein Lokführer könne im gesamten 34 000 km langen Netz fahren.

Bemerkenswert ist, dass in den Medien über die Ablehnung einer Kontrolle der Arbeitszeiten der Lokführer durch die Verkehrsminister nicht berichtet wurde, ebenso wurde das Thema der notwendigen Streckenkenntnisse nicht aufgegriffen. Von den Gewerkschaftsvertretern der EVG und GDL und den Lokführern selbst, wird die Streckenkenntnis in einem Atemzug mit der grundsätzlichen theoretischen und praktischen Qualifikation angesprochen.

Kleine Bahnunternehmen sind nicht in der Lage, Fahrpersonal bereit zu halten, um im Konkurrenzkampf um Fahraufträge auf allen Strecken mitbieten zu können. Wenn sie das dennoch machen, geschieht dies auf Kosten der Sicherheit, wegen der fehlenden Streckenkenntnis des Fahrpersonals, selbst wenn alle weiteren Qualifikationen vorhanden wären.

Dass das ein grundsätzliches Problem der Privatisierung des Bahnverkehrs ist, bemerkte auch der EVG-Vertreter bei der Pressekonferenz und war deswegen bemüht, nicht den Eindruck zu erwecken, die offizielle Politik von Regierung und DB AG in Frage zu stellen (Reiner Bieck: „Wir sind nicht gegen Wettbewerb“).

Inoffiziell wird aber von den Gewerkschaftsvertretern bestätigt, dass die Bahnreform und die Privatisierung der Bahnen von Leuten betrieben wird, welche die Komplexität des Systems nicht verstehen und deren politische Ideologie der Privatisierung die Sicherheit des Bahnverkehrs gefährden.

Johannes Hauber, Mannheim

Köln: Mieterrechte stärken! Verdrängung verhindern!

In Köln herrscht, wie auch in anderen Großstädten, Wohnungsnot. Insbesondere fehlt es an preiswertem Wohnraum. Der Anteil der preiswerten Wohnungen am Gesamtbestand verringert sich dramatisch. Ein Grund für diese Entwicklung ist das neue Mietrecht. Dieses neue Mietrecht erlaubt dem Vermieter 11% der Modernisierungskosten auf die Mieter umzulegen. Von diesem Recht haben in Köln viele Vermieter Gebrauch gemacht, wie die Sanierungen in Zollstock und jetzt in Riehl zeigen. Die Mieten steigen teilweise erheblich. In der Stammheimer Straße in Riehl steigt die Kaltmiete in einigen Wohnungen von circa 430 Euro auf 760 Euro. Das werden sich viele der Bewohner/innen nicht leisten können. Im „Kölner Stadtanzeiger“ hat der Mieterverein dargelegt, dass es juristisch derzeit keine Möglichkeit gibt,

gegen diese Preiserhöhung und damit verbundene Mietervertreibung vorzugehen. Das Thema muss also politisch bearbeitet werden. Die Linksfraktion im Kölner Rat hat in der letzten Ratsperiode die soziale Erhaltungssatzung mit auf den Weg gebracht. Diese soll die Mieter in besonders beliebten Vierteln vor Luxussanierung und Verdrängung schützen. Nun zeigt sich, dass die Verdrängung von alt eingewohnten Mieter auch in „normalen“ Vierteln eine Gefahr darstellt. Deshalb wird sich die Linke dafür einsetzen, dass mit kommunalen Mitteln der Verbleib von Mietern in günstigen Wohnungen gewährleistet wird. Auch im Bundestag beschäftigt sich die Linke intensiv mit Mieterrechten. CDU, SPD, Grüne und vormalig auch die FDP haben wesentlichen Verschlechterungen für Mieter beschlossen, wie im Folgenden

ausgeführt wird:

Der Bundestag hat das Mietrechtsänderungsgesetz am 13. Dezember 2012 gegen die Stimmen der Opposition beschlossen. Im Bundesrat hätte die SPD das Gesetz zumindest noch aufhalten und für Anrufung des Vermittlungsausschusses sorgen können. Das hat sie aber aus Gründen der Koalitionsräson in den schwarz-roten Bundesländern nicht getan.

Dieses Gesetz schwächt massiv die Rechte der Mieterinnen und Mieter.

Das bisherige dreimonatige Mietminderungsrecht bei Sanierungsmaßnahmen fällt weg. Die volle Miete muss gezahlt werden, auch wenn die Wohnung nur eingeschränkt nutzbar ist.

Härtegründe verhindern eine energetische Sanierung nicht. Über die neue Miete nach energetischer Sanierung soll praktisch erst nach Abschluss, wenn die tatsächlichen Modernisierungskosten feststehen, verhandelt werden. Der Vermieter muss die Mieter lediglich formal rechtzeitig über die beabsichtigte Modernisierungsmaßnahme informieren, einen konkreten Kostennachweis muss er nicht vorlegen.

11 Prozent der Modernisierungskosten sollen jährlich auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden können. Das heißt: nach neun Jahren sind die Modernisierungskosten „erwirtschaftet“, bezahlt haben die Mieterinnen und Mieter dann vollständig allein und natürlich wird die Miete danach nicht wieder auf das ursprüngliche Mietniveau zurückgeführt. SPD und GRÜNE „fordern“ eine Absenkung der Umlage auf neun Prozent. Das ändert aber am Prinzip und an der Wirkung für die Mieterinnen und Mieter nicht viel. Wir sagen als Kompromiss: fünf Prozent Umlage und nach Abgeltung der Modernisierungskosten Rückführung der Miete auf das Niveau vor der Modernisierung. Bei einer fünfprozentigen Umlage kommt die Steigerung der Kaltmiete in die Nähe der Heizkostenersparnis, also der „Warmmietenneutralität“, die wir in Übereinstimmung mit dem Deutschen Mieterbund anstreben.

- Mieterrechte werden durch die Einführung eines neuen Kündigungsgrundes „ausbleibende Kautionszahlungen“ weiter eingeschränkt.

- Eine Sicherungsanordnung wird eingeführt.

- Als Rechtsfolgen unterbliebener Sicherheitsleistungen bei Mietzahlungsverzug werden Ordnungsgeld oder Ordnungshaft festgesetzt.

- Die Räumung einer Wohnung durch einstweilige Verfügung wird möglich.

Das Mietrechtsänderungsgesetz ist in vielen Punkten verfassungswidrig. Die Linke im Bundestag fordert seine vollständige Rücknahme.

Michael Weisenstein

Bei Flüchtlingsunterbringung auch neue Wege gehen:

KÖLN. Die Linke im Kölner Rat unterstützt den Vorstoß des Kölner Flüchtlingsrates, eine Arbeitsgruppe Flüchtlingsunterbringung einzufordern. Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen erklärt: „Die Stadt braucht eine starke Stabsstelle, die alle Aktivitäten bündelt. Nur so ist eine schnelle Rückkehr zur dezentralen Unterbringung machbar. Auch die vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten der Kölner können dazu beitragen, Probleme zu lösen. Die Linke hatte im Februar im Rat vorgeschlagen, einen Ombudsmann oder -frau für Flüchtlinge zu berufen.“ Jörg Detjen erklärt: „Die angespannte Weltlage und die großen Flüchtlingsbewegungen, die sie mit sich bringt, erfordern eine gezielte Anstrengung. Das Unterbringungskonzept muss aktualisiert werden. Es gibt viele verschiedene Ansätze, neue und humane Unterkünfte zu schaffen. Die Linke hatte vor der Sommerpause Wohnpatenschaften vorgeschlagen. Alle Kölner Wohnungsgesellschaften bzw. -genossenschaften sollen bis zu drei Wohnungen z. B. speziell für Flüchtlinge anbieten. Gegenüber den Medien äußerte sich auch der Haus- und Grundbesitzerverein aufgeschlossen für diese Idee.“ Jörg Detjen hält noch weitere Problemlösungen für möglich: „Die Stadt sollte überall in der Stadt Eigentumswohnungen kaufen. Das ist preisgünstiger als die Belegung von Hotels. Dort sollten Familien mit Kindern untergebracht werden. Es sollte ein Grundsatz sein, dass Familien mit Kindern in Wohnungen untergebracht werden. Mit einer guten Verteilung auf alle Schulen im Stadtgebiet können Flüchtlingskinder schneller beschult und besser integriert werden, denn in der Nachbarschaft von großen Flüchtlingsheimen gibt es oft nicht genug Schulplätze für die Flüchtlingskinder. Jetzt zeigt sich auch, dass der Linke Vorschlag, gute Container zur Errichtung kleinerer Standorte anzuschaffen, der richtige Weg war. Doch aufgrund der großen Nachfrage ergeben sich lange Wartezeiten bei der Lieferung. Weil die Stadt auf lange Zeit noch mehr solcher Standorte braucht, sollte sie jetzt schon Container vorbestellen, auch wenn die Standorte noch gefunden werden müssen.“ **www.linksfraktion-koeln.de**

Ausländeramt soll keine Abschiebehaft mehr beantragen:

BONN. Die Linksfraktion will mit einer Initiative für die kommende Ratssitzung erreichen, dass vom Bonner Ausländeramt keine gerichtlichen Anträge auf Abschiebehaft mehr gestellt werden. Der Rat soll damit die Konsequenz aus den Urteilen des Europäischen sowie des Bundesgerichtshofs ziehen, die in grundlegenden Urteilen wesentliche Teile der deutschen Abschiebehaftpra-

xis für rechtswidrig erklärt haben. Insbesondere hatten die höchsten Gerichte den europarechtswidrigen Vollzug der Abschiebehaft, speziell auch in Nordrhein-Westfalen, untersagt, da sie in regulären Haftanstalten erfolgte. In NRW stehen damit keine europarechtskonformen „speziellen Haftenrichtungen“ zur Verfügung, die Vollstreckung von Abschiebehaft müsste demnach eigentlich ausgesetzt werden. Während ein Teil der Inhaftierten tatsächlich freigekommen ist, werden andere Abschiebehaftlinge aus NRW und auch aus Bonn nun in eine Haftenrichtung nach Berlin „verfrachtet“, um dort auf ihre Abschiebung zu warten. Für die betroffenen Flüchtlinge wird auf diese Weise der Kontakt mit FreundInnen, Angehörigen oder ihren AnwaltInnen massiv erschwert bzw. unmöglich. Diese Verbringung muss nach Auffassung der Linksfraktion deshalb sofort gestoppt und die Betroffenen entlassen werden. Die Linksfraktion kritisiert auch, dass sich die Verwaltung in einer Stellungnahme ihrer Verantwortung entzieht und darauf verweist, dass die Abschiebehaft der Anordnung des Amtsgerichts bedarf. „Diese rein formale Argumentation verkennt, dass das Ausländeramt den vorangehenden Antrag auf Haft stellt und hierbei auch nach Ermessen handelt. Abschiebehaft ist also kein Automatismus“, erklärt Holger Schmidt. Abschiebehaft für Menschen, denen keine wirklichen Straftaten, sondern allein ihr Aufenthaltsort zum Vorwurf gemacht wird, ist schon aus humanitären Gründen ein Skandal. Doch auch die juristische Grundlage ist in den allermeisten Fällen äußerst fragwürdig. Selbst ein Richter des Bundesgerichtshofs schätzte, dass in 85-90 Prozent aller Fälle die Abschiebehaft einer Überprüfung durch den BGH nicht standhält. „Es ist kein Verbrechen, wenn Menschen nach Bonn fliehen und hier leben wollen. Die aktuellen Urteile u.a. des Bundesgerichtshofs zeigen, dass Abschiebehaft im Regelfall auf keiner gesicherten Rechtsgrundlage verhängt wird. Daraus sollte der Stadtrat die Konsequenz ziehen und die inhumane Beantragung von Abschiebehaft durch die Stadt Bonn beenden“, betont Schmidt abschließend.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Zeltdorf für Flüchtlinge: jeder Tag ist einer zu viel.

DUISBURG. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg gibt es weltweit über 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene. Das ist das Ergebnis der UNO-Flüchtlingshilfe für das Jahr 2013. „Dass die Menschen, die vor allem vor Gewalt und Kriegen fliehen, auch in Duisburg untergebracht werden müssen, kann einen Sozialdezernenten nicht über-

rascht haben,“ so RF Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Die Linke. „Die Flüchtlinge, die hier in unserer Stadt ankommen, haben viel Leid erfahren und müssen angemessen und nachhaltig unterstützt werden. Ein Zeltdorf ist auch als vorübergehende Lösung ein Armutszeugnis.“

Nicht nur Bürger und Bürgerinnen sind empört über die Entscheidung, etwa 100 Flüchtlinge in Zelten unterzubringen. Auch Verbände und kirchliche Träger – als Besserwisser beschimpft – können diese Politik nicht nachvollziehen. „Wir können eine Überforderung der Verwaltung nachvollziehen, wir können aber nicht akzeptieren, dass sich die Verwaltungsspitze nicht hilfesuchend an die sozialpolitische Akteure wie Verbände und kirchliche Einrichtungen gewendet hat. Stattdessen entscheidet sie – wie so oft – im Alleingang. Wir sind sicher, für eine kurzfristige vorübergehende Unterbringung hätte es andere Lösungen gegeben.“ www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Marshallplan für Flüchtlingshilfe erforderlich: BERLIN. Angesichts anhaltender Krisen im Nahen und im Mittleren Osten wird die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen zunehmend eine Herausforderung für die deutschen Städte und Gemeinden. In einem Interview mit der „Welt“ (Ausgabe vom 26. August 2014) betont DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, dass die Kommunen sich zu dieser wichtigen Aufgabe bekennen, jedoch Unterstützung von Bund, Ländern und EU erforderlich ist. Der DStGB geht davon aus, dass sich die Lage vor dem Hintergrund zunehmender Flüchtlingsströme noch weiter dramatisieren wird. Unterbringungsmöglichkeiten werden knapp, teilweise gibt es Widerstand in der Bevölkerung und die Kommunen sehen sich zunehmend mit den Kosten allein gelassen. Die Kostenerstattung, die die Kommunen für Unterbringung, Kleidung und Verpflegung der Menschen erhalten ist nicht kostendeckend. Hinzu kommen die teilweise extrem hohen Krankenkosten. Landsberg fordert eine staatliche Gesamtstrategie. Hierzu gehören klarstellende Regelungen im Baurecht sowie ein Bauprogramm zur Schaffung zusätzlicher Flüchtlingseinrichtungen. Auf europäischer Ebene sei es erforderlich, die vielen Initiativen in einem Kommissariat zusammenzufassen.

www.dstgb.de

Bürgerbegehren ins Boot holen: Geplanter Messeausbau nicht ohne Zustimmung der Vertretungsberechtigten umsetzen. ESSEN. Nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke ist es unerlässlich, vor einer Entscheidung über die Messeumbaupläne mit den Vertretungsberechtigten des Messebürgerbegehrens zu sprechen.

Deshalb hält sie die Entscheidung im Aufsichtsrat in der gestrigen Sitzung für verfrüht. Dazu Gabriele Giesecke, Fraktionsvorsitzende und mit beratender Stimme im Messe-Aufsichtsrat: „Das Bürgerbegehren hat deutlich gemacht, dass die Bürger_innen keine Großinvestition wollten, deren Umfang und Nutzen unübersehbar ist. Deshalb muss die Stadt vor einer Ratsentscheidung unbedingt auf die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens zugehen und darf nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, die Bürger_innen nicht ausreichend zu beteiligen. Der Oberbürgermeister sollte mit den Vertretungsberechtigten in eine öffentliche Debatte einsteigen, z.B. im Rahmen von Bürgerversammlungen. Wir können den Umbauplänen jedenfalls nur zustimmen, wenn es einen breiten Konsens in der Stadtgesellschaft dafür gibt.“ Dabei muss auch zur Sprache kommen, dass in der gestern vorgelegten Kostenrechnung für den Messeausbau von bis zu 88,6 Mio. Euro auch 9,6 Mio. Euro für „Unvorhergesehenes“ eingeplant. Der „Sicherheitspuffer“ von insgesamt 31,9 Mio. Euro ist begrüßenswert und auch ein Ergebnis der Diskussion um die zu knappe Kalkulation der ersten Planung. Allerdings sind dort auch Kosten enthalten, die höchstwahrscheinlich tatsächlich anfallen werden, wie z.B. Altlastenrisiken und Baukostensteigerungen. Die Fraktion Die Linke hält es deshalb für notwendig, diesen Kostenblock noch einmal zu kalkulieren, statt ihn als Freifahrtschein für eigentlich absehbare Baukosten oder Spielwiese für „Extras“ zu betrachten.

Ein kommunal-regionaler Klinikverbund ist die Zukunft. HANAU. Die Hanauer Linksfraktion sowie die Linksfraktion im Hessischen Landtag begrüßen den kommunal-regionalen Klinikverbund zwischen den Kliniken in Hanau, Aschaffenburg und Alzenau-Wasserlos. In einer gemeinsamen Presseerklärung versichern die Landtags-abgeordnete Barbara Cárdenas und der Hanauer Fraktionsvorsitzende Jochen Dohn, den eingeschlagenen Weg weiter zu unterstützen. Dohn, der auch Mitglied des Klinikaufsichtsrates ist, stellt für seine Partei fest: „Uns ist weiterhin wichtig, dass der geplante regionale Klinikverbund in kommunaler Trägerschaft bleibt und sind guten Mutes, dass die Kartellbehörden dies auch so sehen und demnächst der Fusion von Aschaffenburg und Alzenau-Wasserlos zustimmen werden. Die Zukunft liegt in diesem Verbund, zumal es sich hier um starke kommunale Kliniken handelt, die gemeinsam gegen die Privatisierungswelle im Klinikbereich gut aufgestellt sind.“ Cárdenas ergänzt, dass es für Die Linke ebenso wichtig ist, dass Personalmindeststandards, Beschäftigungsgarantien und Mitbe-

stimmungsstrukturen gesichert sind und ggf. gerade im Pflegebereich mehr Personal eingestellt werden muss. Amüsiert zeigt sich Dohn über die Presseerklärung der CDU, die jetzt behauptet, ihr Wahlprogramm würde durch den Klinikverbund umgesetzt werden. „Im Januar 2013 gab es eine Grundsatzdiskussion zum Klinikum in der Stadtverordnetenversammlung. Damals wollten FDP und CDU auch eine Privatisierung prüfen lassen. Dankenswerterweise ist die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unserem Änderungsantrag gefolgt. Somit wurde keine Zeit und Geld in eine evtl. Privatisierung gesteckt, sondern der eingeschlagene Weg der Klinik-Geschäftsführung unterstützt. Wer sehen will, welche negativen Auswirkungen eine Klinikprivatisierung mit sich bringt, sollte mal einen genaueren Blick nach Offenbach werfen“, so Dohn abschließend. www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

„Partei der Mieter/innen“ entlarvt sich mit Einsatz für Immobilienhai: HAMBURG. SAGA-Chef Lutz Basse hat sein umstrittenes Aufsichtsratsmandat bei der Deutschen Annington niedergelegt. Noch am Mittwoch hatte die Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft genau das gefordert. Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion: „Dieser Schritt war überfällig. Die Deutsche Annington ist als Immobilien- und Miethai bundesweit bekannt. Beschwerden über überhöhte Mieten und schlechte Instandhaltung stapeln sich bei den Mietervereinen.“ Doch auch nach dem Basse-Rücktritt bleiben unbeantwortete Fragen. Wie konnte Basse überhaupt auf die Idee kommen, als SAGA-Chef ausgerechnet bei der berüchtigten Deutschen Annington seine „...Erfahrungen und Kompetenzen in den Aufsichtsrat einzubringen, um eine nachhaltige und mieterfreundliche Neuausrichtung des Unternehmens zu unterstützen“? Ebenso unbeantwortet bleibt, wie die Hamburger SPD den Mieter/innen ihren Einsatz für einen der größten Immobilienhaie Deutschlands erklären will. Senatorin Jutta Blankau wird die Zustimmung zu der Nebentätigkeit bei der größten Vermieterin Deutschlands sicherlich nicht ohne Rücksprache mit Bürgermeister Olaf Scholz und anderen SPD-Genoss/inn/en gegeben haben. In der Bürgerschaftsdebatte am vergangenen Mittwoch hatte der wohnungspolitische Sprecher der SPD, Dirk Kienscherf, die Deutsche Annington in Hamburg sogar ausdrücklich willkommen geheißen. „Damit hat die SPD in Hamburg endgültig gezeigt, dass sie alles andere als eine Partei für Mieter und Mieterinnen ist“, sagt Heike Sudmann.

www.die-linke-hamburg.de
(Zusammenstellung: ulj)

Crowdsourcing: Faire Bedingungen für Netzarbeiter

Crowdsourcing bedeutet, dass immer mehr Unternehmen Aufträge über das Internet vergeben und auslagern. Während beim internen Crowdsourcing der Auftragnehmer ein normaler Beschäftigter mit allen Arbeitnehmerrechten bleibt, sieht es beim externen Crowdsourcing in der Regel anders aus. Dann

gilt der Auftragnehmer als Selbstständiger und die Arbeitnehmerschutzrechte entfallen bei schlechter Bezahlung. Die IG Metall hat zu dieser Problematik in der vergangenen Woche gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung die Konferenz „Die digitale Arbeitswelt gestalten“ durchgeführt, an der 350 Fachleute teil-

genommen haben. Wir dokumentieren im Folgenden aus einem Interview mit und dem IGM-Vorstandsmitglied Christiane Benner dem Arbeitsrechtler Thomas Klebe sowie mit Constanze Kurz, die als Expertin der IG Metall mit Fachleuten aus Wirtschaft und Forschung an der Umsetzung der Industrie 4.0 arbeitet.

Christiane Benner: Leitlinien für gute digitale Arbeit: „Wir müssen uns nicht neu erfinden!“

11.9.2014. Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt die IG Metall vor neue Herausforderungen. Auf der sechsten „Engineering- und IT-Tagung“ zeigte sich das geschäftsführende Vorstandsmitglied Christiane Benner zuversichtlich, die Zukunft gemeinsam mit den Beschäftigten positiv gestalten zu können. Neoliberalen Unkenrufen erteilte sie eine Absage.

„Ich bin fest davon überzeugt: Eine andere, eine gute digitale Welt ist möglich!“, sagte Christiane Benner. „Und dazu gehört, dass wir die Rolle der Gestalter einnehmen. Wir müssen verhindern, zu Getriebenen zu werden.“ Vor rund 400 Engineering- und IT-Expertinnen und Experten aus über 150 Unternehmen verdeutlichte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall anlässlich der sechsten „Engineering- und IT-Tagung“ die Dringlichkeit, die digitale Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Bei verschiedensten Smartphone-Apps mit zweifelhaftem Nutzen, etwa zur Überwachung des eigenen Schlafs, könnten die Menschen noch selbst entscheiden, ob sie die Spielereien nutzen. „Aber in unseren Büros und Werkshallen haben wir keine Wahl: Die Digitalisierung der Arbeit hat uns inzwischen vollends erfasst“, gab Benner zu bedenken ...

Aufschreie, aber keine Lösungsansätze: „Die Frage ist: Kann es in dieser neuen digitalen Welt gute Arbeit überhaupt geben?“, fragte Benner. „Ich sage: aber klar!“ Natürlich hätte die IG Metall keine fertigen Antworten, wie die Zukunft der Arbeit aussehen wird – doch wer könne die schon vorlegen? „Mich treibt

aber eines um“, fuhr Benner fort, „diese reflexartigen Aufschreie der Protagonisten des freien Internets, sobald Gewerkschaften nur über die Regulierung von Arbeit im Internet nachdenken.“ Lösungsansätze seien von dieser Seite nicht zu hören. Warum solle eine Tätigkeit, die digital über eine Crowdsourcing-Plattform verrichtet wird, nicht wie in einem Unternehmen mit Tarifvertrag und Betriebsrat bezahlt werden? Und warum solle kein Mindestentgelt für die Arbeit in der Crowd gelten?, fragte Benner, verantwortlich für die rund 180 000 Ingenieure, ITler und technischen Experten unter den Mitgliedern.

„Es ist doch legitim, dass wir uns Gedanken machen“, sagte Benner und stellte klar, dass beispielsweise mies bezahltes Crowdsourcing keine Privatsache ist, sondern sich auch massiv auf die Arbeitsbedingungen der Menschen in „echten“ Unternehmen auswirke. Etwa die Crowdworker auf Amazons Plattform „Mechanical Turk“ verdienen im Durchschnitt mickrige 1,25 Dollar pro Stunde. Durch solche Verhältnisse geraten auch reguläre Beschäftigungsverhältnisse unter Druck. „Wir wollen eine Demokratisierung und keine Amazonisierung der Arbeitswelt“, forderte Benner. Menschen seien keine Ware, die man per Mausklick in den Einkaufswagen legen dürfe. „Wirkliche Freiheit ist etwas anderes als dieses neoliberale Denken sogenannter Experten“, stellte Benner klar.

IG Metall wird sich Solo-Selbstständigen öffnen: „Für uns als IG Metall heißt das: Wir öffnen uns für Solo-Selbstständige.“ Zusammen mit den sogenannten

Crowdsources wird die Gewerkschaft Strukturen schaffen, kündigte Benner an, um den einzelnen Netzarbeitern eine Stimme und damit Marktmacht zu geben. Seit einiger Zeit hat manche Crowdsourcing-Plattform das Internet durch „Knebel-AGBs“ quasi zu einem rechtsfreien Raum gemacht, in dem Arbeitnehmerrechte nicht stattfinden. „Ich nenne das unakzeptabel und schäbig! Das ist Ausbeutung 2.0“, stellte Benner klar.

Von allein, daran ließ Christiane Benner keinen Zweifel, werden sich die positiven Chancen der Digitalisierung nicht durchsetzen. Auch wenn die Gewerkschaft nicht alle Antworten auf alle Fragen der Digitalisierung habe – neu erfinden müsse sie sich keinesfalls. „Unser Schlüssel für bessere Arbeitsplätze ist auch heute noch gemeinsames Handeln“, sagte Benner. Was zudem nötig sei, seien neue Formen kollektiven Drucks: „Präsenz und Beteiligung, Solidarität und Stärke – in der virtuellen wie in der realen Welt.“

Durch Mitbestimmung die Selbstbestimmung stärken: Um diese Ziele zu erreichen, müsse die IG Metall mit den Themen in den Unternehmen noch präsenter werden und sich stärker in Forschung, Entwicklung und IT verankern. Die sechste „Engineering- und IT-Tagung“ sei hierzu ein weiterer Schritt. „Gemeinsam schaffen wir es, aus neuen Wertschöpfungsketten Wertschätzungsketten zu machen: Indem wir durch Mitbestimmung die Selbstbestimmung der Beschäftigten stärken.“ <http://www.igmetall.de/>

„Schlechte Arbeitsbedingungen sind keine Privatsache“

12.9.2014 Die Anzahl der Crowdworker steigt stetig. Meist sind die Netzarbeiter gegenüber ihren Auftraggebern in einer rechtlich schwachen Position und werden dazu noch schlecht bezahlt. Das übt auch Druck auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse aus. Lässt sich an der Situation gemeinsam etwas verbessern? Ein Interview mit Arbeitsrechtler Thomas Klebe.

Stimmt es, dass das Arbeitsrecht für Crowdworker nicht gilt?

Das kommt darauf an. Das sogenannte interne Crowdsourcing läuft über firmeneigene Plattformen. Die Crowdworker sind und bleiben in diesem Fall normale Beschäftigte mit allen Arbeitnehmerrechten. Bei externem Crowdsourcing ist das anders. Dabei

werden die Crowdworker bisher als Selbstständige, als Unternehmer, behandelt und fallen nicht einmal unter den Schutz des Heimarbeitsgesetzes.

Wie bekommen das die externen Crowdworker zu spüren?

Beispielsweise haben sie keinen Kündigungsschutz, erhalten im Krankheitsfall keine Entgeltfortzahlung und

haben keinen Schutz durch Betriebsräte. Für freiberuflich arbeitende Spezialisten mit hohem Einkommen ist das vielleicht kein Problem. Aber für die große Mehrheit der Crowdworker eben schon. Außerdem sind sie häufig nicht sozialversichert.

Worauf können sich Crowdworker im Streitfall berufen?

Rechtliche Grundlage sind die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der jeweiligen Plattform. Allerdings sind die AGBs mancher Plattformen mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte extrem unfair formuliert. Sollte das der Fall sein, und der Betreiber der Plattform hat seinen Geschäftssitz in Deutschland, dann greift das BGB (Anmerk. Red.: Bürgerliches Gesetzbuch) und nach dem sind solche Klauseln rechtswidrig. Bei ausländischen Plattformen müssen schon gravierende Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht oder größte Benachteiligungen vorliegen, um etwas in der Hand zu haben ... Bei manchen Ausschreibungen wird nur der „Gewinner“ bezahlt. Der, der nach Ansicht des Auftraggebers die beste Arbeit abgeliefert hat, die anderen gehen leer aus. Ist das rechtens? Meiner Meinung nach ist das nach deutschem Recht unwirksam. Das ist ja nicht wie bei anderen Ausschreibungen, bei denen Selbstständige Angebote einreichen und der Auftraggeber sucht sich dann das seiner Meinung nach beste raus. Die Crowdworker verrichten in diesen Fällen die komplette Arbeit, bekommen dann aber nichts dafür. Betroffene können prüfen lassen, ob sie eine Vergütung einklagen. Es gibt hierzu allerdings noch keine Gerichtsentscheidungen.

Wie ließe sich die Lage der Crowd-

worker verbessern?

Kurzfristig könnten die Gerichte eingreifen, in dem sie die Plattform-Betreiber zu faireren AGBs verpflichten. Langfristig wäre das aber in keiner Weise ausreichend. Auch wenn der Arbeitsort zuhause ist, und nicht in einem Betrieb, haben die Crowdworker ein Schutzbedürfnis wie alle Arbeitnehmer. Das bedeutet, dass sich die Sozialversicherungen den Crowdworkern wenigstens in Teilen öffnen sollten. Ein Mindestlohn müsste her und für die Crowdworker das Heimarbeitsgesetz gelten. Wenn sie hauptsächlich für einen Arbeitgeber arbeiten, dann muss für sie auch das Betriebsverfassungsgesetz gelten. Das wären zukunftsweisende Verbesserungen.

Wird der geplante Mindestlohn bei ihnen denn nicht greifen?

Nach momentanem Stand nicht. Aber da ist noch nichts in Stein gemeißelt. In den USA versuchen Crowdworker gerade, den Mindestlohn einzuklagen. Wenn die Gerichte zu ihren Gunsten entscheiden, wird das sicherlich entsprechenden Initiativen hierzulande Rückenwind geben. Man muss sich mal bewusst machen: Auf Amazons Crowdworking-Plattform Mechanical Turk liegt der Stundenlohn im Durchschnitt bei 1,25 Dollar. Und 60 Prozent der Crowdworker dort geben an, dass diese Arbeit ihre Haupteinnahmequelle sei. Das ist einerseits unzumutbar für die jeweiligen Crowdworker. Andererseits sind solch schlechte Arbeitsbedingungen keine Privatsache. Denn dadurch geraten andere Crowdworker und auch die in einem Arbeitsverhältnis Beschäftigten stark unter Druck.

Können die Crowdworker selbst etwas tun, um ihre Situation zu

verbessern?

Wichtig ist, dass sie Marktmacht entwickeln. Und dass sie eigene Reputationssysteme wie Turk Opticon etablieren, mit denen sie sich untereinander vor unfairen Auftraggebern warnen können. Außerdem empfehle ich ihnen, mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und sich von ihnen rechtlich beraten zu lassen.

Was können Gewerkschaften und Betriebsräte darüber hinaus tun?

Gewerkschaften können Druck auf die Politik ausüben, damit diese Verbesserungen auf den Weg bringt. Betriebsräte sollten ihre Informations- und Beratungsrechte intensiv wahrnehmen. Nur so erfahren sie, was in ihrem Unternehmen alles passiert. Es ist nämlich nicht immer leicht ersichtlich, welche Arbeiten wie rausgegeben werden. Außerdem können sie und ihre Gewerkschaft wie bei Leiharbeit und Werkverträgen versuchen, mit den Arbeitgebern, die Arbeiten auf diese Weise fremdvergeben, Mindestbedingungen für externe Crowdworker auszuhandeln. Bei internem Crowdsourcing haben die Betriebsräte weitreichende Mitbestimmungsrechte, die sie wahrnehmen müssen.

Was glaubst Du, wie stehen die Chancen, dass sich die Position der Crowdworker gegenüber den Auftraggebern verbessern wird?

Da bin ich optimistisch. Es ist schon einiges in Bewegung. Und ich sehe ehrlich gesagt auch keine Alternative zu den genannten Initiativen und Verbesserungen. Denn wenn nichts passiert, besteht die Gefahr, dass solch extrem prekäre Arbeitsverhältnisse zum Normalzustand, zum digitalen Normalarbeitsverhältnis, werden.

Arbeiten in der Industrie 4.0

Interview mit Constanze Kurz zu Industrie 4.0 und Smart Factory. 10.9.2014. Die Industrie 4.0, die „vierte industrielle Revolution“, wird aktuell heiß diskutiert. Wir sprachen mit Constanze Kurz. Sie arbeitet als Expertin der IG Metall mit Fachleuten aus Wirtschaft und Forschung an der Umsetzung der Industrie 4.0.

Was heißt überhaupt Industrie 4.0?

CONSTANZE KURZ: Industrie 4.0 bedeutet die umfassende Vernetzung der Produktion. Alle kommunizieren miteinander: Teile, Maschinen, Beschäftigte – und sogar die Kunden. So kann die Produktion in Echtzeit flexibel umgestellt werden, etwa, wenn der Kunde per Internet Sonderwünsche eingibt. Eine zentrale Steuerung wird überflüssig, weil sich die einzelnen Komponenten in einem offenen „cyber-physischen System“ gegenseitig steuern.

Aber warum „vierte industrielle

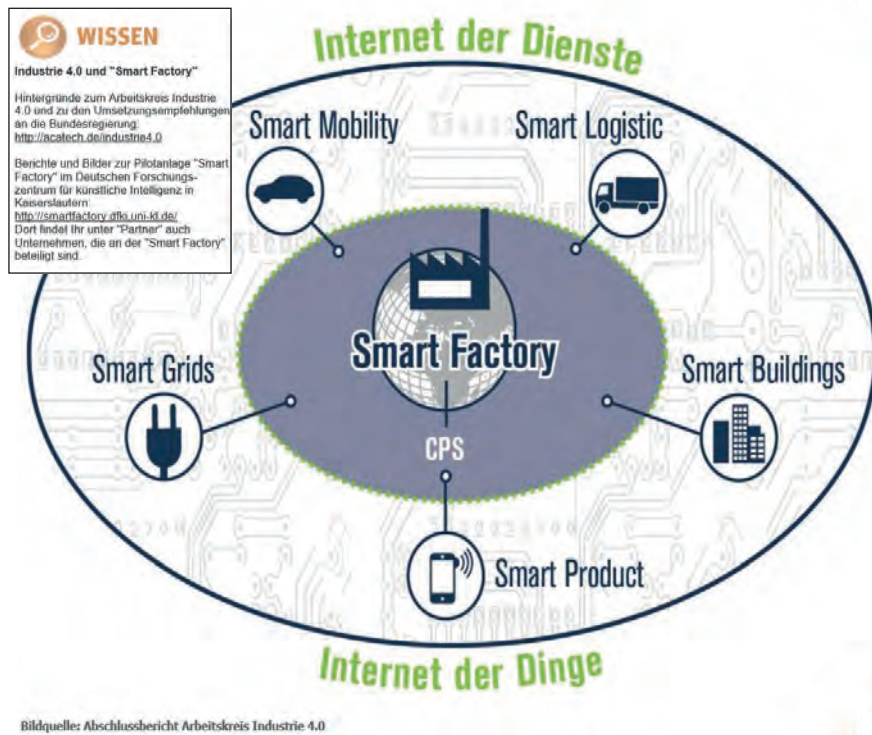
Revolution“? Was ist daran neu? Computer und Netzwerke in Fabriken gibt es doch schon.

Ja, aber bisher eher als Insellösungen. In der Regel hat jede Maschine ihr Programm. Bei einer Umstellung auf ein anderes Produkt müssen Programme geändert, Maschinen und Teile umgerüstet sowie Arbeitsabläufe angepasst werden. In der Industrie 4.0 jedoch gibt es all diese Brüche nicht mehr, weil alle Komponenten in ein einziges Netzwerkeingebettet sind. Dies bedeutet deutlich kürzere Reaktionszeiten, spart Energie und Material und macht auch Kleinserien kostengünstig. Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft investieren kräftig in die Industrie 4.0. Was erhoffen sie sich davon? Sie wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem bei hochwertigen Produkten nachhaltig verbessern und neue Absatzmärkte erschließen.

Da werden die heutigen Produktionssysteme, etwa im Maschinenbau, trotz der hohen Qualität auf Dauer nicht reichen. In Zukunft wird Flexibilität auf Kundenwunsch immer wichtiger.

Wie nahe ist die Industrie 4.0 überhaupt? Kommt sie bald – oder ist das Zukunftsmusik?

Natürlich ist da noch viel zu tun. Insbesondere bei der Verschmelzung von Produktion und IT. Da gibt es noch viele verschiedene in sich geschlossene Systeme. Wir brauchen eine standardisierte und offene Softwarearchitektur, auf die alle zugreifen und anpassen können – so wie heute etwa schon für Smartphone-Apps. Aber es gibt bereits eine Pilotanlage: die „Smart Factory“ beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern, wo auch Unternehmen mitforschen. Und auch in den Betrieben laufen erste Projekte, etwa bei



Daimler, Trumpf, Siemens oder Bosch, die auch im Arbeitskreis Industrie 4.0 dabei sind.

Auch die IG Metall ist im Arbeitskreis Industrie 4.0 dabei. Warum? Und wie kam das?

Detlef Wetzels hat bereits Anfang 2012 wenige Wochen nach der Gründung des Arbeitskreises unsere Beteiligung sichergestellt. Weil wir gesehen haben, dass das Thema für die Zukunft von Standorten, Beschäftigung und Arbeit bedeutsam ist. Wir haben gesagt: Ihr dürft nicht allein die technischen Neuerungen sehen und dabei die Beschäftigten vergessen. Industrie 4.0 wird auch erhebliche Veränderungen für die Arbeit mit sich bringen. Deshalb müssen Technik- und Arbeitsgestaltung zusammengedacht werden.

Was kommt denn auf die Beschäftigten zu? Wie wird sich die Arbeit verändern?

Das kommt auf die Umsetzung an. Wenn die zentrale, hierarchische Steuerung entfällt, können Gestaltungsspielräume für die Beschäftigten entstehen. Und diese Gestaltungsspielräume müssen wir nutzen. Dann wird auch die Arbeit besser, interessanter, verantwortungsvoller – und wird sich mehr in Richtung Problemlösung verlagern.

Was fordert die IG Metall konkret bei der Umsetzung?

Die Beschäftigten dürfen keine Rädchen in der cyber-physischen Fabrik sein, wie es Detlef Wetzels kürzlich formuliert hat. Die Menschen müssen die Systeme steuern, nicht umgekehrt. Höhere Flexibilität ja – aber nicht auf Kos-

ten der Beschäftigten. Und die Arbeit darf auch nicht prekär sein, mit Niedriglöhnen und Leiharbeit. Wir wollen bessere statt billigere Arbeit. Basis dafür ist eine lernförderliche Arbeitsorganisation. Alle müssen die Chance auf Weiterbildung haben, von den Ingenieuren bis zu den Angelernten.

Wird die IG Metall ihre Forderungen durchsetzen können?

Wir sind früh dabei und haben daher auch schon einige Schneisen bei der Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung in die Umsetzungsempfehlungen schlagen können. Und das Verständnis für die Belange der Beschäftigten in Wirtschaft und Wissenschaft ist gewachsen. Wir werden zunehmend als vollwertige Projektpartner akzeptiert, weil die anderen ja sehen, dass wir in den Betrieben nah dran und kompetent bei Innovationen aufgestellt sind. Viele Unternehmensvertreter sehen auch ein, dass sie Betriebsräte und Beschäftigte beteiligen und ihr Wissen nutzen müssen, um dieses dicke Brett zu bohren.

Zu guter Letzt die entscheidende Frage: Wird die Umsetzung der Industrie 4.0 in den Betrieben Arbeitsplätze kosten?

Das lässt sich im Moment noch nicht sicher sagen. Wenn wir in den Betrieben mitgestalten und unsere Vorstellungen durchsetzen, werden die Chancen für die Beschäftigten überwiegen. Ich glaube nicht an die menschenleere Fabrik. Denn auch in der Industrie 4.0 wird nicht alles von allein laufen. Da braucht es qualifizierte Beschäftigte mit Erfahrung und Engagement.

BDI verlangt mehr öffentliche Investitionen. BDI-Statements, Fr., 10.9.14. – „Wir sollten die Überschüsse deutlicher ... in öffentliche Infrastruktur investieren, also in Schulen, in Straßen, in Verkehrswege, in Breitbandnetze und in moderne Stromnetze“, sagt BDI-Präsident M. Kerber. „90 Prozent aller privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben kommen allein aus der deutschen Industrie. Ich glaube, wir brauchen uns als Industrie hier nicht zu verstecken. Was wir dringend benötigen, sind staatliche Vorlaufinvestitionen, dort wo es sich um große infrastrukturelle Maßnahmen handelt, wie beim Breitbandnetz, oder aber auch bei modernen Verkehrswegen. Das sind klassische Aufgaben des Staates. Wenn dieser sie tätigt, dann ... rücken die privaten Investitionen ... nach. Wenn Sie im ländlichen Raum keine richtigen Datenübertragungsraten haben, weil das Internet dort entweder gar nicht oder viel zu langsam funktioniert, dann unterbleiben gerade in diesem für Deutschland so strukturell wichtigen ländlichen Raum private Investitionen.“

Gesamtmittel bemängelt den deutschen Arbeitsmarkt als äußerst unflexibel.

HB., Do., 2.9.14. – Dr. R. Dulger, Gesamtmittel-Präsident: „Die Chancen sind da, dauerhaft von der Globalisierung zu profitieren, weil unsere Produkte und Prozesse stimmen – und weil wir Erfahrung darin haben, beides ständig weiterzuentwickeln. Uns hilft natürlich auch, dass die deutschen Unternehmen schon immer auf allen Weltmärkten vertreten waren. ... Die größte Herausforderung wird aber ... unsere Weltmarktanteile zu halten, wenn die Schwellenländer stärker auf die Auslandsmärkte drängen. ... Wir haben viele neue, starke Wettbewerber, mit vielen konkurrieren wir bislang nur auf deren Heimatmärkten, vor allem in China. Die werden aber auch nach Europa kommen. Die Unternehmen werden diesen Wettbewerb nicht unterschätzen, ich fürchte aber, bei Politik und Gesellschaft sieht das anders aus. ... Unsere besondere Stärke liegt darin, ... komplexe Lösungen zu liefern. Der neue Strukturbericht zeigt: Unsere Industrie hat das Produktportfolio mit dem höchsten Komplexitätsgrad, eine Mischung verschiedener Technologien. ... Wir kommen mit dem Kostenniveau zurecht – noch. Gerade deshalb darf dieses Standort-Kriterium nicht zum K.O.-Kriterium werden. Alleine die Renten gesenkt werden in kurzer Zeit zwingend zu höheren Sozialabgaben und höheren Steuern führen. Gleichzeitig hat Deutschland heute schon einen der unflexibelsten Arbeitsmärkte der Welt. Wenn da noch draufgesetzt wird, und zudem Eltern-, Frauen- und sonstige Quoten kommen, brennt die Kerze an beiden Enden.“

Zusammenstellung: rst

Im Folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme von Güldane Tokyürek und Jörg Detjen, beide Ratsmitglieder der Linken zu dem Kölner Streit um die Neuauszählung der Stadtratswahl. Da sich in der ganzen BRD und bei allen Wahlen die Zahl der beteiligten Parteien / Wählervereinigungen vergrößert hat, kommt es immer häufiger vor, dass kleine Zählerdifferenzen große Wirkungen erzeugen. Wahlrechtsänderungen – Stichwort „Kumulieren und Panaschieren“ – führen zu schwer zählbaren Stimmzetteln. Der Kölner Streit signalisiert nicht nur, dass die Anforderungen an die Wahlauszählung steigen, sondern auch, wie wichtig ist, bei der Überprüfung / Anfechtung von Wahlen strikte bei den vor der Wahl vereinbarten Verfahren / Regeln zu bleiben.

Demokratische Rechte schützen und bewahren!

Die Kölner CDU hat die Kommunalwahl angefochten und fordert die Neuauszählung eines Rodenkirchener Stimmbezirkes. Der „Kölner Stadtanzeiger“ ist in das Thema eingestiegen und machte daraus eine regelrechte Kampagne.

Nachdem der Wahlprüfungsausschuss mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken die Einwände der CDU ablehnte und nur die Ankündigung einer Klage von der CDU blieb, machten die Grünen auf einmal den Vorschlag, die gesamte Kommunalwahl in Köln neu auszuwählen und beriefen kurzfristig eine Sondersitzung des Wahlprüfungsausschusses ein.

Die Linke erklärte, man werde sich einer politischen Lösung nicht verschließen, wenn das juristisch möglich ist. Die rot-grüne Landesregierung NRW stellte in einer rechtlichen Einschätzung klar, dass eine Auszählung aller Wahlkreise ohne „konkrete, substantiiert vorgetragene Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten“ nicht möglich ist.¹

Dieser Grundsatz betrifft auch die Neuauszählung von einem Stimmbezirk. Allein einen möglichen Verfahrensverstöß (z.B. Übertragungsfehler) zu benennen, reicht nicht aus, sondern es ist erforderlich, die vermuteten Fehler auch mit Tatsachen zu belegen.² Konkrete Tatsachen wären zum Beispiel nicht ordnungsgemäße Wahl Niederschriften, Zeugenaussagen etc. Es liegen aber keine konkreten Anhaltspunkte für Fehler vor, sondern Vermutungen und statistische Vergleiche. Das reicht aber für eine Neuauszählung nicht aus.

Der Grund für diese restriktive Rechtsprechung liegt in der Zweckrichtung des Wahlprüfungsverfahrens. Es soll hierbei die richtige Zusammensetzung der Vertretung in angemessener Zeit geklärt werden.³

Grundsätzlich hat der Wahlprüfungsausschuss dennoch die rechtliche Befugnis, nach einem Beschluss mit einfacher Mehrheit, einen Stimmbezirk neu auszuwählen, selbst wenn ein substantiiert Vortrag nicht gegeben ist. Doch auch diese Entscheidung braucht stichhaltige Argumente.

Vier Faktoren sprechen gegen diese Entscheidung. Sowohl der Wahlvorstand als auch der Wahlausschuss haben durch ihre Unterschrift die Richtigkeit der Wahl anerkannt. Weiterhin trägt die Briefwahl Niederschrift als öffentliche

Urkunde die Vermutung der Richtigkeit in sich. Viertens ist der Einspruch der CDU unsubstantiiert. Deshalb halten wir eine Entscheidung zur Neuauszählung juristisch für nicht machbar.

Wäre es aber nicht sogar zum Vorteil der Linken, wenn SPD und Grüne keine Mehrheit mehr hätten? Warum ist Die Linke dennoch nicht dafür, die Wahlschlüsse mit den Stimmzetteln einfach zu öffnen, wie es CDU und FDP fordern? Es mag vielleicht das Kalkül der CDU sein, auf diesem Wege ein Mandat mehr zu ergattern. Die hartnäckige Diskussion hat aber noch einen viel tieferen Hintergrund.

Entstaatlichung und Abbau der kommunalen Selbstverwaltung

Ein grundloses Aufreißen der Wahlschlüsse, um die Stimmzettel allein im Interesse der Ratsmitglieder von CDU und FDP neu zu zählen, wäre ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben und ehrenamtliche Arbeit des Wahlvorstandes – eine Entstaatlichung von demokratischen Rechten und eine Privatisierung der kommunalen Selbstverwaltung.

„Wir nehmen doch eine verfassungsrechtliche Aufgabe wahr“, sagte eine Wahlhelferin in der Presse.⁴ Zu Recht wies sie darauf hin: „Es ist eine verantwortungsvolle Rolle, und das ist auch jedem bewusst.“

Diese zählen die Stimmen, entscheiden über deren Gültigkeit, fertigen die Wahl Niederschrift und übermitteln die Schnellmeldungen.

„Es handelt sich hierbei um eine zentrale Aufgabe der Ergebnisermittlung, die nach der ausdrücklichen Entscheidung des Gesetzgebers ehrenamtlichen Wahlberechtigten obliegt und damit vom Wahlvolk selbst zu bewältigen ist. Als eine Art Selbstverwaltungsorgan der Wahlberechtigten nehmen die Wahlvorstände öffentliche Aufgaben wahr und üben insoweit Hoheitsgewalt aus.“⁵

Im Rahmen der Gewaltenteilung müssen die Rechte der 1024 selbstverwalteten Wahlvorstände und 10500 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer vor der Willkür von CDU- und FDP-Ratsmitgliedern geschützt werden. Der Kölner Stadtrat darf sich im Rahmen der Gewaltenteilung



nicht über das Wahlrecht und deren Organe erheben. Auch deshalb hat Die Linke sich unter den gegebenen Umständen gegen eine Neuauszählung ausgesprochen.

Die doppelte Entstaatlichung

Diese Diskussion findet vor dem Hintergrund statt, dass immer mehr Menschen nicht zur Wahl gehen und sich vom Staat verabschieden. Gründe dafür gibt es viele. Dass aber gerade CDU und FDP jetzt behaupten, eine Verweigerung des Neuauszählens würde den Frust der Kölnerinnen und Kölner erhöhen, ist besonders perfide. Sind es nicht gerade CDU und FDP, die eine Politik der Entstaatlichung betreiben? Sie sind es, die mit demagogischen Versprechungen den Glauben an demokratische Verfahren erschüttern und in doppelter Weise einer Politik der Entstaatlichung den Weg bereiten.

CDU, FDP und „Stadtanzeiger“ ist es gelungen, die Kölnerinnen und Kölner stark zu verunsichern und Zweifel an dem Wahlergebnis zu säen. Wenn man um des lieben Friedens willen nun sagen würde, man zählt Rodenkirchen neu aus, so werden weitere Begehrlichkeiten nach Neuauszählung entstehen, so ist z.B. eine Nippeser Wahlkreis bereits im Gespräch.

Wer kontrolliert den Wahlausschuss?

In zwei Artikeln monierte der „Kölner Stadtanzeiger“, dass Stadtratsmitglieder ihre eigene Kommunalwahl überprüfen würden. Im ersten Moment stockt man und denkt, da ist was dran. Ist es aber nicht!

Die Kommunen sind keine eigene Säule der föderalen Bundesrepublik, sondern eine Untergliederung des Landes Nordrhein-Westfalen. Das konnte man spätestens sehen, als das Land NRW am 29. August das Neuauszählen der Kölner Kommunalwahl untersagte. Die Kölner SPD hat das begriffen und gleich eine Landtagsabgeordnete in den Wahlausschuss entsandt.

Der Vorschlag des „Kölner Stadtanzeigers“, private Personen sollen den Wahlausschuss stellen, ist schon sehr abenteuerlich – wer soll es machen? Willkürlich ausgeloste Personen? Der Vorstand der IHK oder des DGB?

Güldane Tokyürek, Jörg Detjen

QUELLENHINWEIS: 1 Erlass v. 29.08.2014 (Az. 12-35.10.1). 2 vgl. BverfG, Beschluss v. 24.08.1993-2 BvR 1858/92. 3 vgl. BverfGE 40,11; BverfGE 562/91. 4 Kölnische Rundschau 1.9.2014. 5 Kommentar Bundeswahlgesetz § 8 Rn. 2/Wolfgang Schreiber

Im Schatten des Gaza-Kriegs

Israel: Innergesellschaftliche Ursachen und Rückwirkungen der Militäraktion

Der jüngste Gaza-Krieg begann offiziell mit einer massiven Militäraktion der israelischen Armee (ZAHAL) am 8. Juli 2014 und endete nach 50 Tagen am 26. August mit einem durch Ägypten vermittelten Waffenstillstand zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Als Hintergründe oder konkrete Auslöser der „Operation Protective Edge“ werden häufig die Entführung und Ermordung dreier israelischer Jugendlicher, der darauf folgende Einmarsch von ZAHAL in Teile der Westbank und die Ausweitung des Hamas-Raketenbeschusses auf das israelische Kernland benannt. Das Ursachengefüge des Krieges ist jedoch weitaus komplexer und steht mit der Evolution der israelisch-palästinensischen Beziehungen im letzten Jahrzehnt und mit inneren Entwicklungstrends der israelischen Gesellschaft in Zusammenhang.¹

Die in Israel gültigen und auch in Westeuropa als „politisch korrekt“ geltenden Erklärungsmuster für die derzeitige Situation im Nahen Osten – und damit für die jüngste Gaza-Invasion – sind relativ stereotyp: Israel, eine „Villa im Dschungel“ und zugleich „einzige Demokratie im Nahen Osten“, umgeben von feindseligen Staaten, konfrontiert mit „den neuen Gefahren in der Region“ (Benjamin Netanjahu), existenziell bedroht, insbesondere durch die „terroristische Hamas“, durch die libanesisch-iranische Hisbollah, aus östlicher Ferne durch iranische Atombomben und somit in jeder Hinsicht zu legitimer Verteidigung berechtigt, notfalls zu Vergeltungsschlägen, auch zur politischen Disziplinierung seiner arabischen BürgerInnen und anderer missliebiger EinwohnerInnen des Landes. Zwar unterscheiden sich die Wahrnehmung und Darstellungsweise des konkreten Geschehens im Sommer 2014 und die Deutung des Gewalteinsatzes. Prinzipiell jedoch werden die hohen Opferzahlen in der Zivilbevölkerung Gazas beziehungsweise die Vernichtung der

existenziellen Lebensgrundlagen mit dem Raketenbeschuss aus dem Gebiet und dem dortigen Tunnelbau gerechtfertigt. Führende westeuropäische und nordamerikanische Politikerinnen wiederholten unentwegt: Der Krieg gegen Hamas und gegen die Bevölkerung Gazas sei legitim; Israel habe das (von niemandem infrage gestellte) Recht, sich zu verteidigen – so auch die öffentlich verkündete Version der deutschen Bundeskanzlerin.

In die Ursachensuche kaum einbezogen wurden und werden die Hintergründe der Krise, die Unverhältnismäßigkeit im Gewalteinsatz und die Asymmetrien, sei es hinsichtlich der Interessenlagen, Machtverhältnisse, Zielsetzungen und Strategien der Kriegsparteien, sei es in der Relation zwischen legitimen Defensivhandlungen und völkerrechtswidrigen, inhumanen Offensivaktionen, sei es bei der Gegenüberstellung der Opferstatistiken oder im Abwägen der jeweiligen „Moral“ der Kriegsführung. Insbesondere die bereits sieben Jahre andauernde israelisch-ägyptische Blockade des Gazastreifens und die humanitären

Defizite im Umgang mit den betreffenden (und betroffenen) 1,8 Millionen Menschen bleiben als zentrale Konfliktpotenziale in politischen Wertungen nicht selten unberücksichtigt oder werden ganz ausgeblendet.

Wie die Konfliktursachen und Kriegsergebnisse auch immer definiert werden: Die achte Gaza-Operation Israels wird tiefe Spuren in beiden Gesellschaften hinterlassen. Der Wiederaufbau Gazas – einschließlich der mit deutscher Hilfe errichteten und durch das israelische Militär innerhalb von sieben Wochen zerstörten zivilen Einrichtungen – wird laut Expertenmeinung 20 Jahre dauern.² Mindestens ebenso viel Zeit dürfte verstreichen, bis sich in den im Gazastreifen lebenden Familien Trauer um und Erinnerung an die verlorenen Angehörigen abgeschwächt haben werden. Offen bleibt die Frage, wie viele der Betroffenen sich in ihrem künftigen Handeln von Hass und dem Wunsch nach Vergeltung gegen Israel und den „Westen“ werden leiten lassen.

Auch in Israel werden die mentalen Verwerfungen nicht nur im betroffenen Süden nachwirken. Die Kriegsrhetorik und die täglichen Raketenwarnungen werden den Menschen im Gedächtnis bleiben und die allgemeinen Bedrohungsängste langfristig verstärken. Die Implikationen für die israelische Demokratie dürften die innergesellschaftliche Atmosphäre zunehmend vergiften, hat doch der Krieg vorhandene Obsessionen verstärkt und das Land und seine EinwohnerInnen letztlich unsicherer, unfriedlicher und intoleranter werden lassen.

Déjà-vu Gaza?

Die israelische Militäroperation folgte vorangegangenen Mustern, wies jedoch auch eine Reihe neuer Elemente auf. Zu nennen wären vor allem die unverhältnismäßig hohe Zahl palästinensischer Toter und Verwundeter sowie das Ausmaß der Zerstörungen in Gaza.³ Der international bekannte israelische Journalist und hoch geachtete Friedensaktivist Uri Avnery schrieb am 26. Juli 2014, also mitten im Konflikt: „Das ist kein Krieg gegen den Terror. Der Krieg selbst ist ein Terrorakt.“⁴ Gleichzeitig sah sich die israelische Zivilbevölkerung erstmals seit 2008/09 über einen längeren Zeitraum hinweg mit Raketenangriffen – größtenteils neutralisiert durch von den USA gelieferte Abwehrraketen („Iron Dome“) – konfrontiert.⁵

Im Unterschied zu vorangegangenen Auseinandersetzungen hat das politische Establishment Israels bei seinen Entscheidungen für die Gaza-Operation keine größeren strategischen Rücksichten nehmen müssen: Zu den Besonderheiten des Krieges gehörte das Fehlen einer breiten antiisraelischen

ROSA LUXEMBURG STIFTUNGDeutsch

[Aktuell](#) | [Stiftung](#) | [Veranstaltungen](#) | **[Publikationen](#)** | [Mediathek](#) | [Stipendien](#) | [Bundesweit](#) | [Weltweit](#)

Publikationsübersicht 2012

[ZURÜCK](#) | [Home](#) | [Publikationen](#)

PUBLIKATIONEN

Vorherige **1** 2 3 4 5 6 7 Nächste



Reihe Standpunkte | September 2014
Autor/Innen: **Angelika Timm**
INTERNATIONALE POLITIK
Im Schatten des Gaza-Krieges
Israel: Innergesellschaftliche Ursachen und Rückwirkungen der Militäraktion. Standpunkte 16/2014 von Angelika Timm. →

IMPRESSUM. STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin | www.rosalux.de | ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet) Redaktionsschluss: September 2014 Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin. Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

<http://www.rosalux.de/publikationen.html>

und propalästinensischen arabischen Front. Die an der Schwächung der Hamas interessierten regionalen Mächte (Ägypten, Jordanien, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate u.a.) hielten sich weitgehend zurück oder sympathisierten verdeckt mit Israel. Die internationale Gemeinschaft war zeitgleich mit Konflikten in anderen Teilen des Erdballs (Ukraine, Irak, Syrien, Libyen und Westafrika) beschäftigt. Auch sie reagierte relativ verhalten auf die Eskalation des Geschehens in Gaza. Dennoch nahm das ohnehin angeschlagene Image Israels im Ausland großen Schaden; antiisraelische Stimmungen, teilweise mit antisemitischer Spitze, verstärkten sich weltweit, nicht zuletzt in den USA und in Westeuropa. Mehrere lateinamerikanische Staaten beriefen ihre Botschafter aus Israel ab. Eine UN-Kommission soll die „Kriegsverbrechen in Gaza“ untersuchen.

Der israelischen Wirtschaft erbrachte der Krieg einen Schaden von annähernd zehn Milliarden Schekel (etwa 2,8 Milliarden US-Dollar), insbesondere durch den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, die Vernichtung von Militärtechnik und die verminderten Einnahmen aus dem Tourismus. Der zivile Flugverkehr kam erstmals seit dem Oktoberkrieg 1973 für mehrere Tage teilweise zum Erliegen. Mitte August wurden die täglichen israelischen Kriegskosten auf 60 Millionen US-Dollar geschätzt. Selbst wenn die USA erneut finanzielle Hilfe leisten und die verausgabten Kriegspotenziale ersetzen sollten, dürften die israelischen SteuerzahlerInnen kräftig zur Kasse gebeten werden. Durch Kürzungen von Ausgaben für zivile Zwecke (nicht zuletzt für Bildung und Gesundheit) wurden als erste Rate zwei Milliarden Schekel (560 Mio. US-Dollar) für die Rüstung (75 Prozent) und für den Wiederaufbau im Süden (25 Prozent) bereitgestellt.⁶

Innenpolitisch konnten Medien und VertreterInnen der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Rechten die in der jüdischen Bevölkerung existenten Angstsyndrome, resultierend aus historischen Traumata wie aus aktuellen Verunsicherungen, allseitig ausnutzen. Das „nationale Lager“, dem zunehmend auch bisher marginale rechtsextremistische Kräfte zuzurechnen sind, festigte, „besessen von faschistisch-religiös-messianisch-rassistischen Vorstellungen“, seinen Platz in der Gesellschaft. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu habe den Kampf um die israelische Psyche gewonnen, urteilt der Autor Sefi Rachlevsky,⁸ und die Soziologin Eva Illouz fügt dem hinzu, dass die messianische Rechte ihre Radikalität zunehmend mit Begriffen wie „jüdisch“ und „patriotisch“ verbräme.⁹

„Ruhe! Es wird geschossen!“

Israelische Intellektuelle versuchen, die Wurzeln und das Ausmaß der gewaltorientierten Welle beziehungsweise die Gründe für das Schweigen weiterer Teile der politischen Opposition genauer zu erkunden. Der Jurist Aeyal Gross von der Universität Tel Aviv konstatiert beispielsweise: „Eines Tages werden wir fragen, wieso die israelische Gesellschaft akzeptiert hat, was in ihrem Namen angerichtet wurde. Die Angriffe auf Häuser, auf Kinder am Strand und auf ganze Wohnviertel gingen weit über die Behauptung hinaus, es seien nur Ziele angegriffen worden, von denen aus Raketen abgeschossen oder in denen Raketen gelagert wurden. [...] Haben Propaganda und Einschüchterung die israelische Gesellschaft zum Schweigen gebracht?“¹⁰

Solange geschossen werde, müsse man schweigen und zusammenhalten. Uneinigkeit gelte als Schwäche. Diesen regierungskonformen Passivkonsens vertraten nicht zuletzt die Führer der oppositionellen Arbeitspartei. Erst wenn der Krieg überstanden sei, werde man die Regierung wieder kritisieren, so der Parteivorsitzende Jizchak Herzog Anfang August.

Umfragen zeigten jedoch große Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen StaatsbürgerInnen. In der jüdischen Bevölkerung herrschte ein breiter, den Krieg befürwortender Konsens. Zeitweilig sprachen sich über 90 Prozent für Kriegshandlungen aus; lediglich vier bis sechs Prozent meinten, die israelische Armee habe unangemessen agiert. Die arabischen BürgerInnen hielten die Angriffe auf Gaza dagegen mehrheitlich für „ungerechtfertigt“; 62 Prozent bezeichneten die Anzahl der Bombardements als überzogen.¹¹

Vertiefung gesellschaftlicher Klüfte

Die israelische Gesellschaft ist stärker denn je durch tiefe sozioökonomische, nationale und ethnisch-kulturelle Klüfte gekennzeichnet, seien es Gegensätze zwischen jüdischen und arabischen BürgerInnen, soziokulturelle Konfliktlinien zwischen JüdInnen aus Europa/Amerika (Aschkenasim) und ZuwanderInnen aus orientalischen Staaten (Misrachim) oder zwischen Alteingesessenen und neu Eingewanderten, seien es politische Divergenzen zwischen „Tauben“ und „Falken“, weltanschauliche Unterschiede zwischen Religiösen und Säkularen oder soziale Disparitäten zwischen Reich und Arm. Die Verwerfungen konnten in Kriegszeiten, auch im Sommer 2014, nur oberflächlich und vorübergehend kaschiert werden.

Zu den gravierendsten innenpolitischen Rückwirkungen des jüngsten Geschehens gehört der Schaden, der dem Verhältnis zwischen jüdischen

und arabischen StaatsbürgerInnen zugefügt wurde. Arabisch-palästinensische Kollektive stehen in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend außerhalb des nationalen Konsenses. Ihnen wurde durch PolitikerInnen und Medien vielfach das Gefühl vermittelt, BürgerInnen minderen Grades, ausgestattet mit geringeren Rechten, zu sein. Neue Feindschaft und Hassgefühle äußerten sich im Sommer 2014 in Form von staatlich-institutioneller Bespitzelung, von Arbeitsrelegierungen oder von gewalttätigen Angriffen. Allein im Juli wurden rund 600 arabische BürgerInnen von ihren ArbeitgeberInnen entlassen, einzig weil sie – zum Beispiel auf Facebook oder Twitter – Stellung gegen den Krieg bezogen hätten.¹² Auf Antikriegsdemonstrationen, wie in Haifa und Nazareth, nahm die Polizei Hunderte arabische DemonstrantInnen fest. Den arabischen Solidaritätsbezeugungen mit der Bevölkerung von Gaza begegnete Außenminister Avigdor Lieberman mit dem Aufruf zum landesweiten Boykott arabischer Geschäfte.¹³ Die rassistische Aktion „Kauft nicht bei Arabern!“ brachte vielen Gewerbetreibenden erkennbaren Schaden.

Mit „Banalität des Rassismus“ betitelte die hebräischsprachige israelische Tageszeitung Haaretz einen Beitrag, der den neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit thematisierte. Heute schäme sich niemand mehr, öffentlich zu bekunden, er hasse Araber.¹⁴ Für arabische zivilgesellschaftliche Organisationen wie Adalah, Mossawa oder die Arab Association for Human Rights (HRA) ist es nach dem Krieg noch schwieriger geworden, die Menschen zu erreichen und gemeinsam mit jüdischen Organisationen dem Rassismus entgegenzutreten. Für viele palästinensisch-arabische StaatsbürgerInnen Israels gilt heute, was die Sängerin Mira Awad in den bedrückendsten Tagen des Kriegs auf den Punkt brachte: „Mein Kopf sagt, ich muss hier weg; mein Herz jedoch weiß, dass ich kein anderes Land habe.“¹⁵

Antikriegsproteste

„Der Lackmustest für eine starke Demokratie besteht darin“, so Professor Zeev Sternhell von der Hebräischen Universität Jerusalem, „ob ihre Bürger auch in Zeiten der Krise ihre Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern können, ohne Gefahr zu laufen, durch rechte, von der Polizei tolerierte Schläger angegriffen zu werden.“¹⁶ Die israelische Realität bestätigt den Wissenschaftler: Seit Beginn der Gaza-Aktion fanden in Israel jede Woche Antikriegsaktionen statt. Ihre TeilnehmerInnen jedoch wurden in der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken nicht selten als „Verräter“ oder „Feinde Israels“ ge-

brandmarkt.

Zu Protestbekundungen hatten mehrfach insbesondere die jüdisch-arabische Parlamentsfraktion Chadasch, die Friedensorganisationen Gusch Schalom, Forum of Berieved Parents, Combatants for Peace, Coalition of Women for Peace und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) aufgerufen. Mitglieder der linkszionistischen Partei Merez beteiligten sich an den Protesten – auch wenn die Merez-Führung und die Friedensorganisation Peace Now erst gegen Ende der „heißen“ Kriegsphase zu öffentlichen Aktionen aufriefen. Häufige Losungen der Demonstranten waren: „Juden und Araber weigern sich, einander Feinde zusein!“, „Unsere Kinder wollen leben – im [palästinensischen] Gaza wie im [israelischen] Sderot!“ oder „Politischer Dialog statt Krieg!“ Die bedeutendsten Kundgebungen, jeweils mit 7 000 bis 8 000 Teilnehmenden, fanden am 26. Juli und 16. August auf dem Rabinplatz im Zentrum Tel Avivs statt. Noch gäbe es, so der Schriftsteller David Grossman am 16. August, in der israelischen Gesellschaft eine kritische Masse, die Frieden wolle und in der Lage sei, den Konflikt mit den Nachbarn zu lösen.

Mitglieder der NGO Breaking the Silence, ein Zusammenschluss ehemaliger und derzeitiger Angehöriger der israelischen Armee, trugen am 17. Juli auf dem Platz vor dem Nationaltheater Habimah in Tel Aviv Zeugnisse von SoldatInnen aus vorangegangenen Militäraktionen in Gaza vor; am religiösen jüdischen Trauertag Tisha B'Av gedachten sie sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Kriegsoffer. Die Stimme der israelischen Linken jedoch ist schwächer als in der Vergangenheit. Kriegerische Stimmungen, Furchtkomplexe beziehungsweise Apathie und Gleichgültigkeit sowie ein geringes Maß an Empathie für die jeweils anderen dominieren in der israelischen Bevölkerung. Zu gemeinsamen Protesten jüdischer und arabischer BürgerInnen kam es bis auf Haifa im Land nur selten.

Die neue Qualität der Rechtstrends

Zu den innergesellschaftlichen Phänomenen gehörten während der Gaza-Invasion 2014 teilnehmerstarke Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen. Sie attackierten nicht nur verbal die KriegsgegnerInnen, sondern schreckten auch vor physischer Gewalt nicht zurück. Die liberale Tageszeitung Haaretz beklagte: „In Israel ist ein innerer Krieg über Recht und Gesetz entbrannt. [...] Seine stärksten beziehungsweise am stärksten Furcht verbreitenden Ausdrucksformen sind militante Angriffe rechtsextremistischer Aktivisten auf Araber, aber auch auf Linke und generell auf Menschen, die sich gegen den Krieg aussprechen.“¹⁷

Beispiele für den „Tsunami des Hasses“¹⁸ und den „Mc-Carthyismus“¹⁹ à la Israel gibt es für den Sommer 2014 en masse. Weitgehend unwidersprochen blieb zum Beispiel die Äußerung des Nahostwissenschaftlers der Bar-Ilan Universität, Mordechai Kedar, (arabische) „Terroristen könnten einzig abgeschreckt werden durch die Drohung, ihre Schwestern oder Mütter zu vergewaltigen“.²⁰ Als ein Juraprofessor derselben Universität in einer E-Mail seinen StudentInnen mitteilte, er bedaure die jüdischen und palästinensischen Opfer im Gaza-Krieg, wurde eine förmliche „Hexenjagd“ gegen ihn veranstaltet; die Universitätsleitung forderte eine öffentliche Entschuldigung.²¹ Dov Lior, Oberrabbiner in Kiryat Arba und Hebron, bekundete am 21. Juli 2014, das jüdische Recht erlaube die Zerstörung des Gazastreifens, um dem Süden Israels Frieden zu bringen.²² Als am 26. Juli vorwiegend jüdische Israelis auf dem zentralen Rabin-Platz Tel Avivs ihren Protest gegen Krieg und Rassismus bekundeten, skandierten die ebenfalls zahlreich erschienenen Rechtsnationalen nicht nur wie üblich „Tod den Arabern“, sondern „Tod den Linken!“ Auch hier suchten gewaltbereite Schläger nach Ende der Kundgebung ihren Emotionen durch tätliche Angriffe auf die „Landesverräter“ Ausdruck zu verleihen.²³

Rassismus, Aushöhlung der Demokratie und die Auseinandersetzung um die Identität und Definition des Staates spiegeln sich in den Debatten des Parlaments, in Entscheidungen der Regierung und im Streit um das nationalstaatliche Selbstverständnis wider. Im Mittelpunkt stehen Forderungen der Rechtskräfte, Israel primär nicht als demokratischen, sondern als jüdischen Staat anzuerkennen. Als Zukunftsmodelle künftiger Staatlichkeit gelten vor allem drei Entwicklungs- und Entscheidungsoptionen: „jüdischer Staat“, „jüdischer und demokratischer Staat“ oder „demokratischer Staat aller seiner Bürger“. Zunehmend scheinen sich die VertreterInnen einer Ethnokratie mit säkularnationalistischem oder jüdisch-religiösem Vorzeichen, also der ersten Option, durchzusetzen. Die Soziologin Eva Illouz von der Hebräischen Universität Jerusalem meint, dass das „Jüdische“ bereits „die Demokratie mit ihren universellen Werten in Geiselhaft genommen“ habe.²⁴ „Die wirkliche Gefahr für Israel“ komme nicht von außen, sondern von innen.²⁵

Kompromissfrieden versus Friedensdiktat

Die Erfahrung belegt, dass sich nach Militäraktionen häufig ein – mitunter freilich nur kurzzeitiges – window of opportunity für eine Konfliktregelung öffnet. Darauf richtet sich derzeit das „Prinzip Hoffnung“. Inwieweit exis-

tente oder noch zu schaffende Chancen für ein produktives Konfliktmanagement genutzt werden, hängt von den Kriegsparteien wie auch von äußeren Rahmenbedingungen und Akteuren ab.

Bereits während des Krieges legte die Hamas einen zehn Forderungen umfassenden Katalog für ein auszuhandelndes politisches Gaza-Agreement vor: Abzug der israelischen Panzer von der Grenze Gazas; Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, die nach der Ermordung der drei israelischen Jugendlichen inhaftiert wurden; Beendigung der Gaza-Blockade und Öffnung der Grenzübergänge für Menschen und Waren; Errichtung eines Seehafens und eines von den Vereinten Nationen (UN) kontrollierten internationalen Flughafens; Ausweitung der Fischfangzone Gazas auf zehn Kilometer; Umwandlung der Grenzstelle Rafah in einen von der UN und arabischen Staaten kontrollierten Grenzübergang; Sicherung der Grenzen durch internationale Beobachter; Erleichterung des Zugangs zur Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem für muslimische Gläubige; Verpflichtung Israels, sich nicht in den innerpalästinensischen politischen Versöhnungsprozess einzumischen; Schaffung von neuen Industrie- und Entwicklungszonen im Gazastreifen.²⁶ Ein frühzeitiges Eingehen auf das moderate Angebot hätte Israel, insbesondere den Süden, sicherer machen können und vielen – auch israelischen – „Opfern der letzten Tage“ das Leben gerettet.

Die palästinensische Regierung betont in ihren grundsätzlichen Stellungnahmen stärker den Gesamtkonflikt und geht mit ihren Regelungsvorschlägen über Gaza hinaus. Anfang September sprach sie sich für die Wiederaufnahme der unter US-Schirmherrschaft zustande gekommenen und im Juni gescheiterten israelisch-palästinensischen Verhandlungen, zunächst für maximal neun Monate, aus. Eine Vereinbarung über den Abzug Israels von allen für den künftigen palästinensischen Staat vorgesehenen Territorien solle innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Vorgeschlagen wird zudem, während der ersten drei Monate den Grenzverlauf zu definieren und im folgenden Halbjahr andere offene Fragen – Flüchtlinge, Jerusalem, Siedlungen, Sicherheitsvereinbarungen, Wasser – zu regeln. Vertrauensbildende Maßnahmen im Vorfeld seien ein Stopp des Siedlungsbaus (zumindest für die dreimonatige Initialphase der Gespräche) und die bereits für den 29. März 2014 vorgesehene, durch die israelische Regierung seinerzeit abgeblockte Freilassung der vierten Gruppe palästinensischer Häftlinge.²⁷

Die Reaktionen der israelischen Regierung lassen erkennen, dass Ge-

benjamin-immanuel hoff

die linke: partei neuen typs?milieus – strömungen – parteireform
eine flugschrift

statt eines vorwortes: ein brief an den

autor von katja kipping

144 Seiten | 2014 | EUR 12.80

ISBN 978-3-89965-614-5

Was für eine Partei ist Die Linke und wo geht sie hin? Wer wählt Die Linke und warum? Wie verlaufen die Konfliktlinien in der Partei und was ist die Klammer, die all die unterschiedlichen Akteure zusammenhält?

Die Partei Die Linke ist eine junge Partei mit langer Tradition und vielen spannenden Gegensätzen in ihrer organisatorischen Verankerung in den alten und nicht mehr so neuen Bundesländern, in urbanen Zentren und dem ländlichen Raum, in der Altersstruktur und im politischen Selbstverständnis. Mehrfach totgesagt ist sie immer wieder aufgestanden und mittlerweile ein aus dem Parteienspektrum Deutschlands nicht mehr wegzudenkender Faktor.

In der Diskussion darüber, was Die Linke sieben Jahre nach ihrer Gründung ausmacht und von den anderen Parteien unterscheidet, sprechen etwa die beiden Vorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, davon, dass sie eine „aktive Mitgliederpartei“ sei, die auf das Hegemonie-Konzept des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci Bezug nimmt.

Deshalb werden die Milieus, aus denen die Wähler_innen der Linkspartei stammen, aufgefächert und erläutert. Und schließlich wird der Frage nachgegangen, was die Milieus sind, aus denen die Mitglieder und Aktivist_innen stammen und wie sich diese in den Flügeln und Strömungen niederschlägt.

Das Buch richtet sich an die Mitglieder und Funktionsträger der Linkspartei, die sich nicht durch das Dickicht der von der Parteienforschung angebotenen Modelle und Theorien schlagen wollen. Es soll zugleich dazu beitragen, innerhalb von SPD und Grünen zu einem besseren Verständnis dieser noch jungen Partei zu kommen. Vor allem jedoch ist es ein Diskussionsangebot jenseits parteipolitischer und ideologischer Scheuklappen über die Perspektiven linker Politik.

Der Autor: Benjamin-Immanuel Hoff ist Mitglied der Partei Die Linke und war von 2010 bis 2013 Bundessprecher des Forum Demokratischer Sozialismus (fds). Von Dezember 2006 bis Dezember 2011 war er Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin. Heute arbeitet er als Honorarprofessor und Unternehmensberater.

Leseprobe:**www.vsa-verlag.de-hoff-die-linke.pdf**

sprache mit der Hamas bisher nicht ernsthaft erwogen werden. Netanjahu formulierte am 29. August vielmehr eine Alternative: „Hamas oder Frieden“. ²⁸ Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde dagegen lehnte er nicht generell ab. Voraussetzung sei freilich „eine palästinensische Regierung, die dem Frieden mit Israel, der Beendigung des Terrors und der Einhaltung früherer Vereinbarungen verpflichtet ist“. ²⁹ Inwieweit er künftig zu Gesprächen mit der im Juni 2014 gebildeten palästinensischen Einheitsregierung bereit sein wird, dürfte von inneren wie äußeren Erwägungen beziehungsweise Zwängen abhängen.

Die über den Stopp des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen und die Zerstörung der restlichen Untertunnelung Gazas und Südisraels hinausgehenden israelischen Forderungen, zum Beispiel völlige Demilitarisierung des Gazastreifens, wie auch die unmittelbar nach Kriegsende neu geschaffenen fait accomplis (weitreichende Beschlüsse des israelischen Kabinetts über die Fortsetzung und Zementierung des Siedlungsbaus) stehen in diametralem Gegensatz zu jeglicher Kompromissuche beziehungsweise zu allen Friedenserwartungen. In der israelischen Regierung existieren tiefe Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen wie konkreten Fra-

gen. Die Chancen für die Neuaufnahme erfolgversprechender Verhandlungen erscheinen somit als äußerst gering. Starker äußerer Druck auf die Akteure ist kaum zu erwarten, da sowohl die US-Administration und die führenden EU-PolitikerInnen als auch die politischen Eliten in den arabischen Nachbarstaaten mit anderen Konflikttherapien beschäftigt sind.

Der Schlüssel für einen produktiven Kompromiss – im Gaza-Konflikt wie in den israelisch-palästinensischen Beziehungen – liegt weiterhin eindeutig im israelischen Feld. Er dürfte dort für einen längeren Zeitraum verbleiben. Ein israelischen Interessen und Forderungen folgendes Friedensdiktat dürfte an der Haltung der selbstbewusster gewordenen Palästinensischen Autonomiebehörde scheitern. Ein erneuter Waffengang in Gaza oder an der Nordgrenze ist für die nähere Zukunft nicht auszuschließen.

Die Antwort auf die Frage, ob sich die Austragungsbedingungen des nächsten Krieges mit Blick auf die Verwerfungen in der arabischen Welt und auf die jüngsten Entwicklungen in der Türkei, in Pakistan und im Umgang mit Iran zugunsten Israels entwickeln werden, sei aus den ungewissen Zukunftserwartungen zunächst ausgeklammert.

Angelika Timm ist Nahostwissenschaftlerin und leitet das Auslandsbüro Israel der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

- 1 Vgl. Weltmann, Uri: Der lange Weg nach Gaza (Standpunkt 15/2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung), www.rosalux.de/publication/40719.
- 2 Haaretz, 31.8.2014, S. 3.
- 3 Die Kampfhandlungen kosteten 2.104 PalästinenserInnen, darunter 518 Kindern, das Leben. Auch unter den 11 000 Verwundeten waren etwa 3 000 Kinder. Im Gazastreifen wurden in sieben Wochen 220 Schulen, 58 Krankenhäuser und 17 000 Wohneinheiten zerstört; die Zahl der Obdachlosen beträgt annähernd 475 000 (Haaretz [englischsprachige Ausgabe], 29.8.2014, S. 10).
- 4 Vgl. <http://zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avner/1406281947/>.
- 5 Auf Israel wurden 4.532 Raketen abgeschossen; sieben ZivilistInnen, darunter ein Kind, wurden im Süden des Landes getötet. 66 SoldatInnen fielen in Kampfhandlungen bzw. starben an Verletzungen (Haaretz, 1.9.2014, S. 1).
- 6 Haaretz, 1.9.2014, S. 1.
- 7 Vgl. www.haaretz.com/opinion/premium-1.609037 (7.8.2014).
- 8 Vgl. www.haaretz.com/opinion/premium-1.609037 (7.8.2014).
- 9 Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 84.
- 10 Vgl. www.haaretz.com/opinion/premium-1.611197 (19.8.2014).
- 11 Yaar, Ephraim/Hermann, Tamar: PeaceIndex August 2014, en.idi.org.il/media/3676239/Peace_In_dex_August_2014-Eng.pdf.
- 12 Angaben der NGO Mossawa, 13.8.2014.
- 13 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 22.7.14, S. 1.
- 14 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 31.7.2014, S. 1.

- 15 Haaretz, 15.8.2014, S. 9.
- 16 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 18.7.14, S. 9.
- 17 Haaretz, 28.7.14, S. 5 (Editorial).
- 18 Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 8.8.2014, S. 13.
- 19 McCarthyism in action, Haaretz, 15.8.2014, S. 9.
- 20 Haaretz, 22.7.2014, S. 4.
- 21 Haaretz, 30.7.2014, S. 1, u. 31. Juli 2014, S. 5.
- 22 Jerusalem Post, 24.7.2014, S. 7.
- 23 Vgl. <http://972mag.com/the-night-it-became-dangerous-to-demons-trate-in-tel-aviv/93524/>.
- 24 Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 85.
- 25 Vgl. www.spiegel.de/international/world/interview-with-sociologist-eva-illouz-about-gaza-and-israeli-society-a-984536.html.
- 26 Maariv, 16.7.2014, www.nrg.co.il/online/1/ART2/597/047.html?hp=1&cat=666&loc=2.
- 27 Vgl. Times of Israel, 2.9.2014, www.timesofisrael.com/pa-plan-seeks-new-state-in-west-bank-idf-pullout-within-three-years/. Es wird erwartet, dass das Abbas-Verhandlungsangebot die Zustimmung der Außenminister der Arabischen Liga erlangt. Sollten Israel und die USA die Kompromissformeln ablehnen, will Abbas den Internationalen Gerichtshof anrufen. Er droht in diesem Fall gleichzeitig mit dem Rücktritt und mit der Auflösung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Israel müsste für die Westbank und Gaza erneut die volle Verantwortung übernehmen; eine dritte Intifada läge in der Luft. Vgl. Haaretz, 3.9.2014, S. 2.
- 28 Vgl. www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/premium-1.613230 (30.8.2014).
- 29 Netanyahu, 20.8.2014, www.wim-ra.org.il/story.php3?id=64701 (4.9.2014).

Inhalt

Aktuell

Bundesregierung versagt in der Flüchtlingspolitik • Gysi: Der Sicherheitsrat der Uno müsste angerufen werden

Ergebnisse der Landtagswahlen in Ostdeutschland 2014

4

Auslandsnachrichten

8

Bündnispartner für Amazon-Beschäftigte • ITF-Aktionswoche sichert Lohn für Seeleute • Österreich: Mehr Einkommen im Hotel- und Gastgewerbe • Türkei: Einschüchterung streikender Gewerkschafter • USA: Erfolgreiche Einigung für Hafenbeschäftigte • Pakistan: Hilfe für Textilarbeiter • Philippinen: Unterstützung für Beschäftigte in der Thunfischindustrie

Aktionen ... Initiativen

10

Bildungsstreik 2014 – Gegen Armut, Ausgrenzung, Leistungszwang • Kriegswaffenlieferung in den Irak be- und verhindern • Der geheime Plan zum Atommüll-Export • Gesetzesinitiativen des Bundes befördern antiziganistische Diskriminierungen • Zweiter Jahrestag der Brandkatastrophe in pakistanischer Textilfabrik • Sofortige Hilfe für die Opfer des Terrors durch den sog. „Islamischen Staat“!

Anmerkungen und offene Fragen zum Eisenbahnunfall in Mannheim am 2. August 2014

12

Dejà vu: Das Zugunglück von Brühl

Köln: Mieterrechte stärken! Verdrängung verhindern!

13

Kommunale Politik

14

Bei Flüchtlingsunterbringung auch neue Wege gehen: Köln. • Ausländeramt soll keine Abschiebehaft mehr beantragen: Bonn. • Zeltort für Flüchtlinge: jeder Tag ist einer zu viel. Duisburg. • Marshallplan für Flüchtlingshilfe erforderlich: Berlin. • Bürgerbegehren ins Boot holen: Geplante Messeausbau nicht ohne Zustimmung der Vertretungsberechtigten umsetzen. Essen. • „Partei der Mieter/innen“ entlarvt sich mit Einsatz für Immobilienhai: Hamburg

Crowdsourcing: Faire Bedingungen für Netzarbeiter

16

Arbeiten in der Industrie 4.0

Wirtschaftspresse

18

Demokratische Rechte schützen und bewahren!

19

Im Schatten des Gaza-Kriegs

20

Neu beim VSA-Verlag: benjamin-immanuel hoff. die linke: partei neuen typs?

23

Informationen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine

http://de.wikipedia.org/wiki/Assoziierungsabkommen_zwischen_der_Europ%C3%A4ischen_Union_und_der_Ukraine

Allmählich scheint bei der politischen Klasse in Deutschland wieder eine etwas nüchterne Betrachtung des Verhältnisses zur Ukraine und zu Russland Einzug zu halten. Übereinstimmend wird berichtet, dass es vor allem die Bundeskanzlerin war, die darauf drängte, das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zwar zu ratifizieren, aber erst einmal nicht in Kraft treten zu lassen. Wirtschaftliche Interessen sprechen auf jeden Fall erst einmal dafür, wie die folgende Informationszusammenstellung aus Wikipedia zeigt.

Im Juli 2014 kündigte Russland an, das bestehende Freihandelsabkommen mit der Ukraine zu kündigen, um den russischen Markt vor EU-Importen zu schützen. Auf Importe aus der Ukraine werde von Russland künftig bei 98 Prozent der Waren ein Zoll bis zu 7,8 Prozent erhoben. Die Ukraine werde der Wechsel vom Freihandelsabkommen mit Russland zu den EU-Handelsstandards über die nächsten 10 Jahre summiert 165 Milliarden Euro kosten.

Die Europäische Kommission veröffentlichte eine Stellungnahme mit Argumenten, mit denen die „Mythen“ über die wirtschaftlichen Folgen entkräftet werden sollen: Es wird keine unmittelbaren negativen Folgen haben, die Ukraine werde lediglich durch die russischen Gegenmaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen, für die das Abkommen selbst nicht verantwortlich sei ...

Verschiebung des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens bis zum 31. Dezember 2015

Die EU-Kommission, die Regierung der Ukraine und Russland einigten sich Anfang September 2014 in trilateralen Gesprächen darauf, den wirtschaftlichen Teil des Abkommens erst Ende 2015 in Kraft zu setzen. „Wir haben vereinbart, die provisorische Anwendung bis zum 31. Dezember nächsten Jahres zu verzögern“, sagte EU-Handelskommissar Karel De Gucht am 12. September 2014 in Brüssel am Ende von Gesprächen mit Alexej Uljukajew, dem russischen Wirtschaftsminister, und Pawel Klimkin, Außenminister der Ukraine. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte sich laut Interfax für diese Verschiebung eingesetzt. Auch nach Pawlo Klimkins

Aussage profitiere die Ukraine von der Verschiebung: „Das ist eine sehr wichtige Entscheidung und wir sind der EU sehr dankbar für das Angebot eines privilegierten Zugangs zum Europäischen Binnenmarkt. Das erlaubt unseren Unternehmen, sich auf eine weitere Liberalisierung des Handels vorzubereiten.“ Die Zustimmung der EU-Länder steht noch aus. Die einseitigen Handelserleichterungen – die Streichung der Einfuhrzölle in die EU – bleiben nach der trilateralen Vereinbarung vorbehaltlich der Zustimmung des Ministerrates der EU bestehen. Bestehen bleiben die Zölle auf EU-Produkte, die in die Ukraine geliefert werden.

Hintergrund ist vor allem die Sorge Russlands, EU-Waren würden über die Ukraine auf den russischen Markt gelangen. Daher hatte die russische Regierung neue Zölle auf ukrainische Produkte angekündigt, wenn am 1. November 2014 wie geplant das Assoziierungsabkommen in Kraft trete. Der Verlust für die russische Wirtschaft durch den Wegfall der Einfuhrzölle der Ukraine wurde von russischer Seite auf 2 Milliarden Dollar geschätzt. Russland hatte am 1. September 2014 mit 2370 Änderungswünschen seine Besorgnis über die Konsequenzen für den russisch-ukrainischen Handel zum Ausdruck gebracht. Die Liste war am 11. Juli 2014 von Karel de Gucht erbeten worden. In Brüssel habe sich, nach der Darstellung der SZ, die Überzeugung durchgesetzt, „dass die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Moskau und Kiew nicht ignoriert werden kann.“ Vor seinem Inkrafttreten sollen nach Erkenntnissen der SZ „Tausende Ausnahmen vereinbart werden“. Angela Merkel und andere Staats- und Regierungschefs sollen auf dem Nato-Gipfel Poroschenko wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso aufgefordert haben, kompromissbereiter zu agieren.

Als weiteres Motiv für Russlands Vorbehalte gegenüber dem Assoziierungsvertrag wurde in einer Tageszeitung die Befürchtung Russlands vermutet, der Westen erhalte Zugang zu der auch für Russland entscheidend bedeutsamen Rüstungs- und Raumfahrtindustrie der Ukraine.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 16. Oktober 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 10. Oktober.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

13. November, 11. Dezember.